

Antifaz

Antifaschistische Zeitung

HEFT 27 Jan /Feb

1991

5. JAHRGANG

DM 2,00



... und den Kopf immer oben

In diesem Heft

Einleitung.....	S. 3
Antifaschistische Städtepartnerschaft.....	S. 4
Antifaschismus ist Humanismus in Aktion.....	S. 6
Skinheads in Erfurt.....	S. 7
Linksautonome Antifa Suhl/Meiningen.....	S.10
Interview mit Gen-Archiv Essen.....	S.12
Interview mit Bonner Antiimperialisten.....	S.16
Blick nach draußen.....	S.18
Besetztes Haus in Münster geräumt.....	S.20
Antirassismusfest in Herten/Westfalen.....	S.22
Wotans Erben unter uns.....	S.24
"Einst werden wir künden...".....	S.27
Impressum.....	S.29
Prozeß gegen Dortmunder Antifaschisten.....	S.30
Antifaschistische Vereinigung in der Krise.....	S.35

Verkaufsstellen:

Dortmund
 - Geschichtswerkstatt
 - Atom-Stop-Büro
 - Litfaß-Buchladen
 - Café Samowar
 - Taranta Babu Buchladen

Herne:
 - Kornmühle
 - Informationszentrum 3.Welt

Dülmen
 - Vollkörnchen
 - Grünes Büro

Recklinghausen
 - Attatroll-Buchladen
 - Sonnenblume-Naturkostladen
 - Drübbelken-Kneipe
 - Grünes Büro

ANZEIGE

Strassencafé



Tel. 0231/104916 · So.-Fr. 10-22 Uhr · Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) · 4600 Dortmund 1

Marl
 - Bücherladen

Münster

- Cafe Malik
 - Cafe Prütt
 - Fraunstr. 24
 - Litfaß
 - Themroc

Herten

- Büchereule

Bochum

- Buchhandlung im
 Hauptbahnhof

Gladbeck

- Xnes Natur-
 kostladen

Duisburg

- Weltbuchhandlung

EINLEITUNG

Die erste Ausgabe der AntifaZ im Jahr 1991 liegt vor Euch, und angesichts der Situation in der Welt fallen uns beim besten Willen keine optimistischen Sätze für diese Einleitung ein.

Erika Feyerabend vom **Gen-Archiv Essen**, deren Interview wir in dieser Ausgabe (nun endlich) abdrucken, schrieb uns in ihren Neujahrswünschen: "Und für mich mit hoffe ich, daß es nicht so furchtbar wird, wie ich es im Moment glaube."

So fühlen wir auch, und während diese Zeilen geschrieben werden, wurde möglicherweise gerade von Herrn Bush der Befehl zum Angriff am Golf gegeben - aber selbst jetzt klammert man sich an das Fünkchen Hoffnung.

Wenn Ihr dies Heft dann in Händen haltet, dürfte sich entschieden haben, wie furchtbar zumindest der Beginn dieses Jahrzehnts aussehen wird.

Die Redaktion der AntifaZ war über Neujahr in **Thüringen** auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und hat Gespräche mit Mitgliedern des **Bund der Antifaschisten** geführt. Darüber und über die Situation des Antifaschismus in der DDR berichten wir in unserem Schwerpunktthema.

In der vergangenen AntifaZ-Ausgabe schrieben wir über **Hausbesetzungen in Münster**, in dieser Ausgabe nun über die Räumung.

Klaus aus Dortmund schrieb einen ausführlichen Bericht über die dort im Januar anlaufenden **Prozesse gegen Dortmunder Antifaschisten** (wir berichteten darüber auch in früheren Ausgaben).

Hermann Bogdal beginnt in dieser Ausgabe mit einer Artikelserie über **vergessene Antifaschisten** und deren Schicksal, in diesem Heft schreibt er über **Martha Hadynski** aus Duisburg-Hamborn.

Wie schon erwähnt, drucken wir nun endlich das Interview mit Erika vom **Gen-Archiv Essen**, leider liegt uns die geplante Buchbesprechung des Buchs "**Geschätztes Leben**" von **O. Tolmein** und **Th. Degener** noch nicht vor, sie erscheint aber mit Sicherheit in der kommenden Ausgabe.

Auch einige weitere Buchbesprechungen haben wir noch nicht geschafft, sie folgen ebenfalls nach.

Interessant für einige von Euch dürfte ein Interview sein, daß die Redaktion am Wahlabend der "**Reichstagswahlen**" am **2. Dezember** auf der zentralen Wahlfete der PDS in Bonn mit einem **Bonner Antiimperialisten** führte, welcher Mitglied der Bonner UnterstützerInnen-Initiative ist (oder war).

Zum Schluß noch ein Hinweis auf einen **offenen Brief**, den Mitglieder des Kreisverbandes Herne der VVN/BdA geschrieben haben - Indizien für eine wohl stärkere Krise in dieser traditionsreichen antifaschistischen Vereinigung.

Wir freuen uns übrigens, daß die Zahl der **Abonnenten der AntifaZ** ständig zunimmt - weiter so!

Und nun trotz der zu Beginn so pessimistischen Töne:

All unsern Leserinnen und Lesern Zuversicht, Kampfkraft, Freude und Solidarität für das kommende Jahrzehnt,

Eure

AntifaZ-Redaktion

ANTIFASCHISTISCHE STÄDTEPARTNERSCHAFT ENTWICKELT SICH

Vom 28.12.1990 bis zum 2.1.1991 weilten vier Mitglieder der Redaktion der AntifaZ in Schmalkalden, der Partnerstadt Recklinghausens in dem "neuen Bundesland" Thüringen.

Neben Besuchen in Eisenach, Suhl, Oberhof und Schwallungen führten wir Gespräche mit Schmalkaldener Antifaschisten, unter ihnen Kurt Pappenheim vom Landesvorstand des "Bundes der Antifaschisten" des Landes Thüringen.

Es waren schöne, höchstinteressante und anstrengende Tage. Unser Programm lief quasi rund um die Uhr, so führten wir neben dem Gespräch mit dem "Bund der Antifaschisten" auch noch ein Gespräch mit Mitgliedern von Kreis- und Landesvorstand der PDS - und das am Neujahrsabend, nachdem wir die Silvesternacht auf einer Riesensilvesterfete in der Stadthalle von Suhl verbracht hatten.

Wie eng "Theorie und Praxis" oft beieinanderliegen, erfuhren wir ebenfalls an diesem Neujahrstag:

Einer unserer Hauptgesprächspartner war in der Silvesternacht von einem - mit Sicherheit äußerst rechts eingestellten Jugendlichen zusammen geschlagen worden und wüst beschimpft worden ("PDS-Schwein", "SED-Mörderbande", etc.).

Zudem lasen wir dann in der Zeitung die Berichte von Aktionen neofaschistischer Skins an der Grenze zu Polen - es hatte sich bestätigt, was einer unserer Gesprächspartner vorausgesagt hatte. Er war Offizier der NVA in der Röhn gewesen und hatte einige der berüchtigten "Rhön-Treffen" der neofaschistischen "Wiking-Jugend" miterleben müssen.

Von ihm erfuhren wir, daß die Neofaschisten für die diesjährige Silvesternacht Aktionen an der Grenze zu Polen planten und auch Grenzüberschreitungen auf polnisches Staatsgebiet geplant hatten - was allerdings vermutlich verhindert worden ist.

Unser Gespräch mit Vertretern des Bundes der Antifaschisten

Wichtigstes Ergebnis des Gesprächs war, daß der Erfahrungsaustausch und der Meinungsstreit zwischen AntifaschistInnen der ehemaligen DDR und der ehemaligen BRD auf jeden Fall fortgesetzt und ausgeweitet werden soll.

Wir waren uns einig, daß der Antifaschismus die gesamte Breite unterschiedlicher antifaschistischer Auffassungen, Motive und Methoden des Handelns umfassen muß und niemand ausgegrenzt werden darf.

Zwischen der "AntifaZ" und der "Antifa", der Zeitschrift des Bundes der Antifaschisten, sollen bei Interesse Artikel ausgetauscht werden, der Vertrieb der Zeitschriften soll gegenseitig organisiert werden.

Wir waren uns auch einig, daß die Initiative der antifaschistischen **Städtepartnerschaft**

Recklinghausen-Schmalkalden fortgesetzt werden soll und daß sie von den AntifaschistInnen begrüßt und beachtet wird.

Natürlich erbrachte das Gespräch nicht nur Einigkeit, wohl aber eine Reihe von Klärungen unterschiedlicher Auffassungen, bis hin zur Klärung von Begriffen. Ein Beispiel:

Der Begriff des "Radikalismus" war bei den Redakteuren der AntifaZ ohne Zögern positiv besetzt, bei den Mitglie-

dern des BdA war dies nicht der Fall. Es stellte sich heraus, daß wir etwas völlig anderes mit Radikalismus meinten: Die AntifaZ-Redakteure verstanden unter radikal so viel wie gründlich, an die Wurzeln gehend. Politisch gesehen: Gründliche Kritik an den Wurzeln, aus denen sich Faschismus zu entwickeln beginnt, also Kritik am kapitalistischen System.

Die Mitglieder des BdA verstanden unter Radikalen Leute, vor allem Jugendliche, aus der ehemaligen DDR, die oft aufgrund von Entwurzelung, Arbeitslosigkeit oder Straffälligkeit militante Aktionen gegen das SED-Regime durchgeführt hatten.

Inwieweit für diese Gruppe der Begriff "radikal" zutreffend ist, wurde nicht ausdiskutiert.

Umgekehrt hatten die Mitglieder der AntifaZ Schwierigkeiten mit der Losung des BdA "Antifaschismus heißt Humanismus in Aktion". Wir wiesen daraufhin, daß "bei uns" der Begriff "Humanismus" in der Regel für die Ideale des Bürgertums bei der Entstehung der bürgerlichen Demokratie steht und heute eher abgegriffen erscheint.

Die Mitglieder des BdA begründeten ihre Losung damit, daß wir auf lange Zeit nicht mit Massenaktionen gegen den Kapitalismus rechnen könnten, insbesondere auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Von daher sei dem Kampf um "demokratische Werte" wie Humanität, Toleranz ein besonderer Stellenwert beizumessen. Daher habe auch der BdA direkt nach seiner Gründung sein Programm an alle staatlichen Institutionen, an Bundestag und Länderregierungen, an Parteien und Verbände geschickt, und erhofft sich dadurch eine positive Beeinflussung dieser Institutionen.

Selbstverständlich sei aber das Engagement des Bundes nicht hierauf beschränkt, vielmehr wolle man eine umfangreiche pädagogische und aufklärerische Arbeit, vor allem unter der Jugend, entfalten.

Unterschiedliche Auffassungen deuteten sich auch in der Einschätzung der realen Stärke antifaschistischer Auffassungen in der Bevölkerung der ehemaligen DDR an. Hier meinten die Freunde vom BdA, daß vor allem der größte Teil der Jugend eine grundlegend antifaschistische Haltung mitbrächten, daß die Neofaschisten zwar

beträchtlichen Zulauf hätten, letztendlich aber doch keine politische Stärke erreichen könnten.

Insbesondere hier gab es vehementen Widerspruch von unserer Seite: Vor allem die Obrigkeitshörigkeit, die mangelnde Bereitschaft zur Zivilcourage wurden als Einstellungen benannt, auf denen neofaschistisches Denken sich relativ schnell ausbreiten könnte.

Noch kaum diskutiert wurde die Frage von Aktionen: es wurde aber von Seiten der AntifaZ hervorgehoben, daß gegen neofaschistische Auftritte **alle** AntifaschistInnen auf die Straße gehen



müßten. Differenzen deuteten sich in der Beurteilung der HausbesetzerInnen an: Waren die AntifaZ-Mitglieder durchweg der Meinung, daß Hausbesetzungen berechtigt und notwendig seien, gab es in dieser Frage bei den Mitgliedern des BdA Meinungsunterschiede. Ein Teil erkannte an, daß die Besetzer wohnungslose Jugendliche seien, die in Notwehr handelten, einige betonten dagegen mehr, daß in dieser "Szene" Vermummte aufträten, denen es nur um "Randale" ginge.

Wir kamen auch nicht mehr dazu, über die Strukturen des BdA zu sprechen, uns interessiert vor allem die Frage, inwieweit im BdA tatsächlich **unterschiedliche Formen und Inhalte antifaschistischer Arbeit** entfaltet werden bzw. eine Chance haben. Immerhin wurde in der antiFa Nr. 5/1990 ein Artikel der "Linksautonomen ANTIFA" aus Suhl/Meiningen abgedruckt, den wir an anderer Stelle dieser Ausgabe dokumentieren.

Fazit:

Die Gespräche und der gesamte Besuch in Thüringen waren ein Erfolg. Wir haben neue Freunde kennengelernt, und die Zusammenarbeit wird auf jeden Fall fortgesetzt.

ANTIFASCHISMUS IST HUMANISMUS IN AKTION

Im Heft 24 der AntifaZ haben wir das Programm des am 12. und 13. Mai 1990 am Bogensee in der ehemaligen DDR gegründeten "Bund der Antifaschisten" abgedruckt. Bedauerlicherweise hatten wir aber nur die ersten beiden Punkte des Programms veröffentlicht, den dritten Punkt hatten wir schlicht übersehen. Um dies Versäumnis zu korrigieren, drucken wir hier erneut das Programm ab - diesmal aber vollständig!

Programm des "Bundes der Antifaschisten"

I. Wer sind wir?

Antifaschismus ist Humanismus in Aktion. Die Vereinigung führt Menschen unterschiedlicher Grundpositionen, politischer Auffassungen, Rasse, Nationalität und Religion, verschiedenen Alters und Geschlechts, unabhängig von ihrer sozialen Stellung und ihrem Beruf zusammen. Die volle Gleichberechtigung ihrer Mitglieder sowie die Anerkennung vielfältiger Motive und Formen, sich zu organisieren, ebenso wie verschiedene Mittel und Methoden antifaschistischen Wirkens, sind ihre Basis.

II. Was wollen wir?

Wir sind für eine Welt des Friedens und der Freiheit.

Wir sind für eine Welt ohne Not und Hunger.

Wir sind für radikale Abrüstung und für die Verwendung der dadurch freiwerdenden Mittel zur Lösung globaler Überlebensprobleme der Menschheit.

Wir sind für die Bewahrung, den Schutz und die Wiederherstellung der natürlichen Umwelt.

Wir treten für einen lebendigen, tätigen Humanismus, für kulturvolle menschliche Beziehungen und für ein solidarisches Miteinander aller Menschen ein.

Die historisch begründete Friedenspflicht des deutschen Volkes und der Antifaschismus müssen als Verfassungsgrundsätze festgeschrieben werden. Wir treten für die Garantie aller in Europa bestehenden Grenzen ein. Wir sind gegen jedweden Faschismus, Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, gegen jegliche Form von Ausländerfeindlichkeit. Wir sind für Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Anderslebenden, Andersliebenden sowie gegen jede Bevormundung.

III. Wie können wir das erreichen?

In der Erkenntnis, daß soziale und ökonomische Notlagen, Zukunftsangst und Chancenungleichheit in Beruf und Bildung insbesondere für jungen Menschen immer wieder den Nährboden für das Entstehen von Neonazismus, Antisemitismus, Chauvinismus und Revanchismus darstellen, setzen wir uns für soziale Gerechtigkeit und alle Menschenrechte ein. Wir arbeiten hierfür mit allen interessierten Partnern im In- und Ausland zusammen. Besonderes Augenmerk richten wir darauf, daß Ausländer und ethnische Minderheiten die Möglichkeit haben, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Mit all unserer Kraft unterstützen wir die Herausbildung und Erhaltung eines antifaschistischen Klimas in unserem Land. Dazu gehört die Förderung der humanistisch-demokratischen Bildung. Eine wichtige Aufgabe sehen wir in der Teilnahme an der kritischen Aufarbeitung der Geschichte sowohl des Faschismus als auch des Antifaschismus in seiner ganzen Breite und Vielfalt.

Wir bedauern und verurteilen die in der Vergangenheit aufgetretenen Formen des Mißbrauchs des Antifaschismus, die dazu führten, daß er in bestimmtem Maße als Ritual benutzt wurde und als Deckmantel für Machtmißbrauch, Willkür und Ausgrenzung diente.

Wir halten das Vermächtnis der Opfer des Faschismus und des Krieges sowie der Kämpfer gegen Militarismus, Faschismus und Krieg wach.

Wir setzen uns für die volle Rehabilitierung aller zu Unrecht verfolgten und verurteilten Antifaschisten und Demokraten ein.

Wir fordern und unterstützen die Bewahrung, den Schutz und die Weiterentwicklung antifaschistischer Gedenkstätten.

Wir setzen uns für den Erhalt und die Förderung antifaschistischer Kunst und Kultur ein.

SKINHEADS IN ERFURT

In den vergangenen Wochen haben sich Terror und Überfälle neofaschistischer Skinhead-Banden, insbesondere auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, gehäuft. Jüngstes Beispiel sind die Aktionen in der Silvesternacht, die z.B. in Görlitz, Arnstadt und Erfurt stattfanden.

Die Redaktion der AntifaZ führte über die Silvestertage Gespräche mit Vertretern des "Bundes der Antifaschisten" im Land Thüringen. Hierbei wurde u.a. vereinbart, in Zukunft interessierende Artikel aus der AntifaZ und der antiFa, der Zeitschrift des Bundes der Antifaschisten, auszutauschen.

Im folgenden drucken wir einen Artikel aus der antiFa Nr. 7/90, der über die Skinhead-Szene in Erfurt berichtet.

Die Szene in Erfurt hat zahlenmäßig zugenommen. Früher sollen es siebzig, achtzig Personen gewesen sein, die sich als Skins verstanden, davon vielleicht zwanzig, dreißig tatsächlich "harte Typen". Jetzt gibt es mindestens 50, 60 "harte Typen" und möglicherweise schon einige hundert Mann Anhang.



Beteiligt an diesen Gruppierungen sind vor allem Jugendliche und Jungerwachsene, darunter einige Mädchen. Es gibt mindestens drei mehr oder weniger feste Gruppen von Skins in Erfurt, die sich regelmäßig treffen und unterein-

ander ständigen Kontakt halten. Als Treffpunkte dienen überwiegend größere Gaststätten mit Jugendtanzangebot in Neubaugebieten und einige Jugendclubs. Ab und zu werden auch Garten- und Sportlerkneipen für "Versammlungen" genutzt.

In der Regel sind die Gruppen im Kern 15-20 Personen stark. In diesen Kernstrukturen existiert auch eine - vorsichtig formuliert - verfestigte rechtsradikale bis rechtsextremistische und /oder neofaschistische Haltung. Darüber hinaus binden diese Kerne ein nicht zu unterschätzendes Anhängerpotential. Dieses setzt sich überwiegend zusammen aus Jugendlichen mit unterschiedlicher Motivation, ist in sich heterogen und in der Altersstruktur nicht eindeutig fixiert. Sympathisanten existieren - wenn auch graduell und inhaltlich sehr differenziert - in anderen Altersgruppen, besonders in der Altersgruppe Anfang dreißig bis Mitte vierzig. Hieraus kann sich u.U. in Extremsituationen ein erhebliches "Gefolgschaftspotential" rekrutieren.

Innerhalb der Kerntruppen existiert eine gut funktionierende Hierarchie mit allen Ritualen.

Neben den Verbindungen untereinander gibt es Kontakte zu Gruppierungen in Weimar, Gotha und Arnstadt. Ebenso existieren Verbindungen in die BRD. Zu Versammlungen tauchten Abgesandte aus verschiedenen Städten der BRD, wie z.B. aus Duisburg, Marburg und Düsseldorf auf, um Kontakte zu pflegen und Aktionen abzusprechen. Auch Personen, die in der DDR der Fahndung un-

terliegen und sich jetzt in der BRD aufhalten, sollen wiederholt an diesen Zusammenkünften teilgenommen haben. Nicht nur die Aufrechterhaltung der Verbindung und Planung sowie Durchführung von "Aktionen" beschäftigt die Skins. Es wird aktive Mitgliederwerbung betrieben. Dazu macht man sich überwiegend an Schüler in der Altersgruppe 8. Klasse heran, aber auch an jüngere. Besonders in den Neubaugebieten von Erfurt-Süd ist eine Zunahme von sogenannten "Baby-Skins" zu verzeichnen. Zu diesen halten konkret festgelegte Kader aus den Kerntruppen ständigen Kontakt.

Aktivitäten der Republikaner, der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei und der Europäischen Arbeiterpartei sind in Erfurt ebenso zu beobachten wie die von den Vertriebenen-Verbänden. Dazu einige Beispiele:

Am 6. März 1990 verteilte die EAP (Bürgergruppe "Patrioten für Deutschland" - technofaschistische Partei des Lyndon LaRouche) ihre Wochenzeitung "Neue Solidarität" mit der Titelüberschrift "Patrioten unterstützen Allianz für Deutschland". Diese Zeitung kann bereits abonniert werden. Dazu hat die "Dr. Böttiger Verlags GmbH", zugehörig zur LaRouche-Organisation der BRD, ein Konto bei der Staatsbank der DDR, Filiale Eisenach (die Konto-Nr. ist der Redaktion bekannt), eingerichtet. Zielgruppe der EAP ist besonders der Kreis von Intellektuellen, der durch seine Arbeit "Inspiration für eine mora-

lische und kulturelle Erneuerung unseres Volkes" sein will. Ihr Ziel ist die Entwicklung einer skrupellosen Elite, die gebraucht wird, um die militärisch-politischen Aufgaben nach den Vorstellungen der "Patrioten" zu erfüllen.

Etwa zur gleichen Zeit tauchten auch Leute der FAP in Erfurt auf. Die FAP ging aus der in der BRD verbotenen ANS/NA (Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten) des Ex-Bundeswehrleutnants Michael Kühnen hervor. Die FAP "betreut" vor allem Skinheads ideologisch, logistisch sowie materiell. Anlässlich dieser "Sondierungsgespräche" wurden ständige Kontakte, Art und Form der Unterstützung sowie gemeinsame Aktionen vereinbart. Hier ist auch die Versammlung von FAP, Skins und Faschos im Raum Eisenach einzuordnen, bei der Herr Kühnen auftrat.

Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang, daß die am 27. April durch die Polizei ausgehobene "Nationale Alternative"(NA) in Berlin sich nicht einmal der Mühe unterzog, das auf die FAP hinweisende Kürzel zu vermeiden. Anders dagegen operierte eine sich SdA nennende Vereinigung von Skins in Erfurt. SdA stand für "Söhne der Arier", eine Tarnorganisation der REP. Als Tarnnamen hatte man sich, für den Fall der Entdeckung, die Bezeichnung "Sozialdemokratische Arbeiterjugend" ausgedacht.

Ziel dieser Vereinigung waren und sind:

ANZEIGE

**AFRO
LATIN
MUSIC PUB**

**Café
Cuba**

Westbahnhof 1 (S-Bhf.) Essen A430 E-Hobeisenbr. ☎ 0201/708884

**Essen & Trinken & jede Menge:
Salsa, Samba & Afro-Musik**

*Comida & Bebida & Cantidad de:
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias*

Gegen die Grenzen von 1937;
 "Deutschland einig Vaterland";
 gegen Ausländer;
 gegen Nazis und Faschisten - ganz im
 Sinne des entschärften Parteipro-
 gramms der Republikaner. Und so beka-
 men die vorgesehenen Mitglieder Auf-
 nahmeanträge für die Republikaner
 vorgelegt. Bezeichnenderweise existie-
 ren hier nicht nur Verbindungen zum
 Kreisverband der Republikaner in Leip-
 zig, sondern auch separate Verbindun-
 gen zur Parteizentrale der Republika-
 ner in München.

Inzwischen wurde intern die Anweisung
 gegeben, die öffentlich verbreitete
 Kontaktadresse über ein Münchener
 Postschließfach nicht mehr zu nutzen,
 da diese den DDR-Behörden bekannt
 geworden sei. Die REP-Anhänger in der
 DDR wickeln ihre Kontakte jetzt über
 Privatadressen ab, die öfter gewechselt
 werden.

Schließlich wurden auch die Vertrieben-
 en-Verbände in Erfurt aktiv. Sie ver-
 teilten ihre Zeitung "Der Schlesier" in
 der Stadt und warben Mitglieder. Alle
 diese Aktivitäten deuten darauf hin,
 daß in Erfurt ein Zentrum rechtsradi-
 kaler, rechtsextremistischer und neo-
 faschistischer Kräfte installiert bzw.
 weiter ausgebaut werden soll. Weiteres
 Indiz dafür ist, daß seitens entspre-
 chender Parteien/Organisationen aus
 der BRD koordiniertes Vorgehen zu
 verzeichnen ist, offensichtlich wurden
 nach anfänglichen Rangeleien um Mit-
 glieder die politischen Zielgruppen auf-
 geteilt. Außerdem wird versucht, poli-

tisch links stehende Gruppen zu unter-
 wandern, um deren Aktivitäten zu neu-
 tralisieren, Zielpersonen und Zielob-
 jekte zu ergründen. Auch diese Tendenz
 wird deutlich: Ein Teil der Mitglieder
 der bestehenden Gruppierungen kehrt
 zum "bürgerlichen" Aussehen zurück,
 um weniger aufzufallen.

Im Hinblick auf die sich weiter ver-
 schärfende soziale Situation in der
 DDR ist es durchaus möglich, daß, ein-
 hergehend mit einer generellen Zunah-
 me konservativer Wertmaßstäbe, diese
 radikalisiert und im Sinne des poli-
 tischen Extremismus mißbraucht wer-
 den können. Dies betrifft weniger die
 bereits verfestigte Haltung von Skins -
 deren Rolle als Werkzeug für profaschi-
 stische Parteien sie nicht von persönli-
 cher Verantwortung freispricht -, als
 vielmehr die latente Anfälligkeit des
 sogenannten Normalbürgers für faschi-
 stisches Gedankengut. Dem mit einer
 Radikalisierung linker Positionen zu
 begegnen, führt zwangsläufig mehr
 oder minder auf eine Reduktion des
 Problems im Sinne der gewaltsamen
 Auseinandersetzung zwischen Skins und
 Autonomen, auch wenn die Gewalt in
 erster Linie von Skins ausgeht. Deshalb
 ist neben den notwendigen staatlichen
 und polizeilichen Maßnahmen gegen
 diese Gruppierungen ein großes Maß an
 gesellschaftlicher Aufklärung, Vergan-
 genheitsaufarbeitung,
 Demokratie-Lernen und konsequenter
 politischer Auseinandersetzung not-
 wendiger denn je.

(Felix)

ABONNIERT DIE ANTIFAZ

Die ANTIFAZ ist eine unabhängige Zeitschrift, von und
 für AntifaschistInnen. Sie erscheint sechsmal im Jahr.
 Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbe-
 dingt die Meinung der Redaktion wieder.

Jahresabo24,- DM
 Förderabo30,- DM

Bestellung:

- durch Überweisung der Abogebühr auf das
 Konto Nr. 1 000 229 38
 BLZ 426 500 30
 Stadtparkasse Recklinghausen

- durch schriftliche Bestellung bei
 Wolfgang Englisch
 Oerweg 28
 4350 Recklinghausen

Hiermit abonniere ich
 die Zeitschrift
 ANTIFAZ bis auf Wider-
 ruf.

Name: _____

Anschrift: _____

Unterschrift: _____

Anzeigenpreisliste:

1/2 Seite80,-DM
 1/3 Seite60,-DM
 1/4 Seite50,-DM

LINKSAUTONOME ANTIFA

SUHL/MEININGEN

Auch auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gibt es unterschiedliche Antifa-Gruppierungen. Erstaunlich hierbei nur, wie schnell sich ähnliche politische Zuordnungen innerhalb der "Antifa-Szene" herausgebildet haben wie auf dem Gebiet der ehemaligen BRD. Zumindest vom groben Erscheinungsbild. Wir dokumentieren im folgenden einen Bericht der "Linksautonomen Antifa" aus Suhl/Meinungen im Land Thüringen. Das liegt in der Nähe der bekannten Wintersportorte Oberhof und Zella-Mehlis, die in der ehemaligen BRD wohl eher bekannt sein dürften.

Die **Linksautonome Antifa** besteht im wesentlichen aus Jugendlichen, die zum großen Teil unter dem Etikett **Punk** eingeordnet werden, teils aber auch so zu uns gestoßen sind, sich mit den Zielen unserer Gruppe identifizieren konnten und eigene Ideen einbrachten. Ursachen unserer Antihaltung gegen Rechtsradikalismus, Faschismus und Rassismus sind mehrjährige negative Erfahrungen mit Leuten und Gruppierungen, die diese Richtung vertreten. Gemeint sind vor allem Skinheads und aktive Neofaschisten, sprich "Faschos".

Schon in der stalinistischen Ära der DDR waren wir oft Angriffsziel rechter Gruppierungen und dadurch gezwungen, uns mit Neofaschismus auseinanderzusetzen. In einer Zeit also, in der Neofaschismus in keiner Weise Thema DDR-bezogener öffentlicher Auseinandersetzung war.

Staatliche Ignoranz in dieser Frage hemmte uns, und unsere Bekanntheit mit den Sicherheitsorganen führte

nicht soweit, daß diese auch wirklich auf unsere Bedenken eingingen.

Mehr noch !! Bei **Punk- und anderen Konzerten** in Kirchen hatten Faschos und Skinheads keine Schwierigkeiten, zur Veranstaltung zu gelangen, was

bei uns meistens der Fall war. Die Taktik, Skinheads gegen die **"Kirche von unten" und deren Konzertveranstaltungen marschieren zu lassen, war hinlänglich bekannt. Somit konnte wuchern, was wuchern wollte.**

Skinheads tauchten DDR-weit auf und sorgten mit faschistischen, antisemitischen und rassistischen Parolen und Gewalttätigkeiten für Aufsehen. Es mußte erst Ende 1987 zu Aktionen - wie zum Überfall auf die Veranstaltung in der Zionskirche - kommen, ehe überhaupt eine öffentliche Reaktion in den Medien zugelassen wurde. Antifaschistische Aktionen, die sich gegen Skinheads und Faschos richteten, wurden nach wie vor unterdrückt.

Heute ist die Gefahr größer den je. Der Zusammenbruch des stalinistischen Systems und der Wiedervereinigungsrummel treiben immer mehr Jugendliche auf der Suche nach Idealen ins Rechtsaußen. Das wohl krassste Beispiel: Leipzig.

Dort sorgten stellenweise 600 Faschos und Skins für Aufsehen, vor allem durch ihr SA-verdächtigtes Auftreten. Auch in Kneipen und auf der Straße wird immer mehr auf faschistisch-zynische Slogans zurückgegriffen. In Leipzig wurden Linksautonome und Personen, die sich mit Auf nähern zur Antifa bekennen, als Kommunisten und Stasi-Schweine angefeindet.

In unserem Bezirk kann man hierzu die mißglückte Antifa-Demo in **Meinungen** am 9. Januar 1990 anführen.

Unser Ziel ist es, auf solche Tendenzen öffentlich hinzuweisen und gegen sie vorzugehen, wobei wir Gewalt nur als Mittel der Notwehr und der

Selbstverteidigung betrachten.

Politisch stehen wir in jedem Falle links in Zusammenarbeit mit der "Vereinigten Linken" und plädieren für ein Zusammengehen mit allen Kräften, die den Neofaschismus ebenfalls als akute Gefahr erkannt haben.

Wir sind gegen einen Ausverkauf der DDR und gegen die totale Kapitulation sozialistischer Werte vor dem Monstrum einer Zwei-Drittel-Konsumgesellschaft, in der Ausländerhaß, Rassendiskriminierung und Nationalismus auf der Tagesordnung stehen und unter dem Deckmantel bürgerlich-demokratischer Gesetzgebung immer mehr Zulauf finden, siehe Republika-

ner.

Insbesondere sind wir gegen eine Pauschalübernahme des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, wie dies die "Allianz für Deutschland" in ihrem Wahlprogramm deklariert, und welches zur Koalitionsfähigkeit rechtsextremistischer Organisationen, wie den Republikanern, mißbraucht wird. Wir warnen ausdrücklich davor, die Gefahren, die von rechtsextremem und faschistoidem Gedankengut ausgehen, zu unterschätzen oder politisch herabzuspielen.

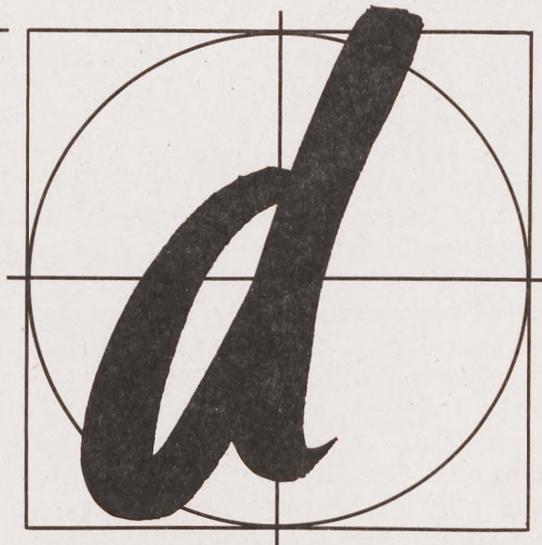
Wir haben den Eindruck, daß derzeit nur wenige der bestehenden Parteien und Organisationen, die die Wiederver-

einigung als ausschließliche Perspektive befürworten, ein konkretes Konzept gegen die Zunahme rechtsextremer und neofaschistischer Strömungen vorweisen können. Wir rufen daher als antifaschistische autonome Gruppe alle diejenigen zum Widerstand gegen rechts-extremistische, rechtsradikale und neofaschistische Tendenzen auf, die Rassendiskriminierung und Faschismus als menschenunwürdig und inhuman verurteilen und verabscheuen.

**Linksautonome Antifagruppe
Suhl/Meiningen
(In: antiFa 5/1990)**

Anzeige

**Satz
Repro
Druck**



DRUCKWERK

4600 Dortmund-Hörde

Penningskamp 12a

Tel. 43 1821

INTERVIEW MIT ERIKA

VOM GENARCHIV ESSEN

Schon in den beiden vergangenen Ausgaben hatten wir das Interview mit Erika vom Genarchiv Essen angekündigt. Aus unterschiedlichen Gründen hatte die Veröffentlichung nicht geklappt. Aber - jetzt ist es endlich soweit. Wir freuen uns, daß wir dies Interview nun gerade in dieser Ausgabe abdrucken können, da es die Berichterstattung zu diesem Thema ergänzt.

AntifaZ: Berichte über Eure Gruppe und Eure Veröffentlichungen machen eins sehr deutlich: Eure Position zu Gen- und Fortpflanzungstechnologien ist grundsätzlich ablehnend. Kannst Du kurz erläutern, was diese Technologien für Euch bedeuten und warum Ihr ihnen grundsätzlich ablehnend gegenübersteht?

Erika: Buh. Wer globale Fragen stellt, bekommt globale Antworten. Wir suchen nicht die Chancen dieses technologischen und gesellschaftlichen Prozesses, die Rosinen in einer Entwicklung, die als eh nicht mehr aufhaltbar betrachtet wird.

Um diesen Prozeß zu begreifen, um zu verstehen, was er mit uns schon angestellt hat und noch anstellen wird, müssen unserer Meinung nach andere Fragen gestellt werden. Welche Fragen und Antworten werden mit dieser Technologie gestellt und gegeben? Welche historischen Wurzeln und aktuellen gesellschaftlichen Zustände sind Bedingung dieser Technologieentwicklung und welche Folgen für Mensch und Natur sind damit verbunden?

Gentechnologie begreifen wir als logische Konsequenz einer historischen Entwicklung von Wissenschaft und Gesellschaft, die weder zwangsläufig - quasi naturgesetzlich - ist, geschweige denn zu immer objektiveren Erkenntnissen führt. Auf diesem Hintergrund bezweifeln wir auch das Dogma der Molekularbiologie und der Medizin, daß die Erklärung für Lebensprozesse, für Krankheiten im "genetischen Code", in der DNA zu suchen sind, und ebenso bezweifeln wir die Lösungsangebote dieser Wissenschaften. Es ist lediglich das Dogma dieses Jahrhunderts - allerdings ein sehr folgenschweres -, daß Erklärungen ausschließlich auf der molekula-

ren Ebene gesucht werden. Die Klärung von Krankheitsursachen beispielsweise ist ja eine - ziemlich Akzeptanz fördernde - Domäne dieser Experten. Sie erklären uns zu wandelnden Immunsystemen, Behältnissen für Eiweiße, Enzyme und anderes mehr, in denen kriegerisch wirkende Viren ihr Unwesen treiben. Wir sollen auf unser Immunsystem acht geben und sollen uns - möglichst freiwillig - Untersuchungen unterziehen, bei denen "falsche" Bausteine in der DNA entdeckt werden könnten, was wiederum die Ursache für "ein zuviel" oder "ein zuwenig" irgendwelcher anderer Bausteine sein soll. Ein ziemlich "industrialisierter" Blick auf den Körper, dem Lösungsvorschläge folgen, die heute von der gentechnologischen Herstellung von Ersatzstoffen über die Reparatur defekter Einzelteile (z.B. Gentherapie) bis zum Ausschluß von Menschen vom Leben reicht, die per wissenschaftlicher Definition defekt sind.

In einer Welt, die von Atomstrahlung, Ozonloch, Waldsterben, Umweltgiften aller Art etc. gekennzeichnet ist, Krankheit auf die molekulare Ebene zu reduzieren und damit "Gesundheit" zum individuellen und nicht zum gesellschaftlichen Problem zu erklären, Menschen, die diesen Umweltdreck nicht mehr aushalten, als "defekt" zu bezeichnen, finde ich 1. eine Frechheit, und 2. erwarte ich von dieser Herangehensweise keine Lösung der Probleme. Diese Lösungen sind nur welche für die Pharmaindustrie und die Sozial- und Gesundheitspolitiker.

Daß die Logik so ist, wie ich sie gerade beschrieben habe, ist schwarz auf weiß nachzulesen. In der Begründung für das europäische Forschungsprojekt zur Entschlüsselung des menschlichen Genoms. Sprachlich etwas geglättet ist

dieses Programm vor einem Jahr ange-
laufen.

Von den sog. Zivilisationskrankheiten wie Krebs, Herzkrankgefäß-Erkrankungen, Allergien, Depressionen, etc. ist dort die Rede, für die neben Umwelteinflüssen auch genetische Faktoren verantwortlich seien. Da nicht davon ausgegangen werden kann, heißt es weiter, daß die Umwelt so gestaltet werden kann, daß diese Umwelteinflüsse beseitigt werden, müssen Menschen mit genetischen Dispositionen (Bereitschaften) für diese Krankheiten identifiziert werden. Das heißt im Klartext: Massendurchsuchungen der gesamten Bevölkerung. Wenn diese Menschen identifiziert sind, sollte überlegt werden, ob sie ihr Erbgut an die folgende Generation weitergeben dürfen.

Eine klare Sprache.

Denkbar, und das bahnt sich über den heutigen "Gesundheitsbzw. Krankheitsbegriff" und die "Gesundheitsreform" an, sind auch erhöhte Beitragsleistungen für "genetisch gefährdete" Personen.

Oder: Verschuldungsprinzip und eigenes Aufkommen für Krankheitsversorgung, falls beispielsweise trotz Information über die "genetische Bereitschaft" ein stark belasteter Arbeitsplatz angenom-

men wurde oder individuelle Verhaltensweisen trotz dieser Information nicht verändert wurden. Und so weiter, es gibt viele Möglichkeiten, und wie man sieht, handelt es sich bei dieser Art der "Krankheitserklärung" um eine sozialpolitisch äußerst nützliche "Wahrheit".

AntifaZ: Und wie steht Ihr zu dem Angebot, daß das individuelle Problem kinderloser Frauen mittels der neuen Fortpflanzungstechniken gelöst werden können soll? Ist dies nicht eher teuer als kosteneinsparend?

Erika: Bei näherer Beschäftigung mit diesem sog. Lösungsangebot hat sich meine anfängliche Skepsis über so viel "Frauenfreundlichkeit" aus den Reihen männlicher Wissenschaftler nur bestätigt.

(Es gibt auch Frauen, um keine falschen Vorstellungen aufkommen zu lassen, aber sie können in diesem Wissenschaftsbetrieb nur bestehen, wenn sie im Sinne patriarchalischer Logik arbeiten.)

1. Die Erfolgsraten sind so gering, daß wir auch Kamillentee trinken könnten, mit anschließender statistischer Erhebung über die Zahl der Schwangerschaften. Was Frauen schon seit Jahren sa-

Seit ca. 1985 arbeitet das Genarchiv, z.Z. aus fünf Frauen bestehend, zum Thema Gen- und Fortpflanzungstechnologien. Seit 1990 können sie eine große Hinterhof-Etage ihr Domizil nennen. Dort ist das Archiv mit Fach- und Tagespresse, Büchern und Broschüren untergebracht, sowie das internationale Archiv von FINRRAGE (ein internationales Frauennetzwerk gegen Gen- und Fortpflanzungstechnologien, in dem Frauen aus mehr als 35 Ländern organisiert sind). Daneben füllen noch ein Veranstaltungsraum, Arbeitsräume, ein Büro für internationalen Kulturaustausch und eine Praxis die Etage.

Die Geschichte dieses Frauenprojekts ist gekennzeichnet von der Durchsuchungsaktion des BKAs Ende 1987. Den Frauen des Genarchivs wurde Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" (Rote Zora) vorgeworfen. Die Verfahren sind mittlerweile eingeseilt worden.

Nicht eingestellt haben die Frauen ihre Arbeit, ebensowenig wie ihre grundsätzliche Kritik an jeglicher Erforschung und Anwendung dieser Technologien.

Das Genarchiv wird von keiner staatlichen Stelle finanziert und ist deswegen auf Spenden angewiesen. Kleine und große Spenden können überwiesen werden - und sind von der Steuer absetzbar - auf folgendes Konto:

Impatientia e.V.

BLZ 36010043

Kto-Nr 451526-437

gen, wurde im letzten Jahr selbst aus den Reihen der WHO bestätigt: auch die angeblichen Erfolgsraten von 10% stimmen nicht, sie ist erheblich niedriger.

2. Das Hinterfragen der medizinischen Definition von Sterilität, der medizinischen Behauptung von der Unabänderlichkeit dieses Zustandes wird spärlicher. Die Ursachenforschung bzgl. der Lebens- und Arbeitsbedingungen, z.B. auch der "Sterilitätserzeugung durch medizinische Heilkunst", geraten aus der Debatte, ganz zu schweigen von der Problematisierung des gesellschaftlichen Drucks, da Frau ihre Erfüllung im Muttersein findet.

3. Es geht bei der Befruchtung außerhalb des Körpers um etwas ganz anderes als um das Interesse der Frau. Es geht um den Zugriff auf Ei und Embryo (und Samen - für die männliche Leserschaft). Es geht um genetische Forschung und Manipulation am Menschen, um Qualitätskontrolle und um die wirtschaftliche Verwertung von Embryonen, und es geht um Hormonforschung zur weiteren Kontrolle der Gebärfähigkeit von Frauen.

Ich kann nichts Gutes daran finden, und den Preis bezahlen Frauen z.T. mit dem Leben, z.T. mit schweren körperlichen Folgen, z.T. mit dem Gefühl, selbst mit Einsatz aller Techniken wieder versagt zu haben, z.T. mit dem Gefühl, nicht alles versucht zu haben, falls sie die technologischen Errungenschaften dieses Jahrhunderts nicht in Anspruch genommen haben.

Die gesunde deutsche Familie



Die Sicherung Deutschlands

Erst als die Möglichkeit der Qualitätskontrolle von Embryonen entwickelt war, trauten sich die Fortpflanzungstechniker, in-vitro Befruchtungen zu machen, denn sie wußten nichts von den Folgen ihrer Eingriffe. Das war Mitte der 70er Jahre. Heute wird in Australien und England u.a. fruchtbaren Paaren mit sog. genetischem Risiko in-vitro Befruchtung angeboten.

Präimplantationsdiagnostik heißt das Zauberwort, das eine genetische Analyse vor Einnistung in die Gebärmutter meint und auch von der DFG begrüßt wird, da sich so das Problem der Abtreibung nach eugenischen Gesichtspunkten vermeiden bzw. vorverlegen ließe.

Eine andere Möglichkeit, die mit der "Befreiung des Embryos vom störenden Körper der Frau" - ich würde sagen "der Trennung von Frau und Embryo" einhergeht, ist die Verwertung von Embryonen als Organersatzteillager, was übrigens schon 1962 auf dem CIBA-Symposium diskutiert wurde. Heute kann der Gynäkologe **Beller** u.a. grobhirnlose Embryonen als Organspender verwenden, embryonales Gewebe kann in medizinischen Therapien verwandt werden, Firmen - wie z.B. der internationale Konzern Flow-Laboratories - können Embryonen sozusagen am Stück und in Einzelteilen unter Preisrubrik E-F zum Kauf anbieten.

Der Vermarktung der Frau sind keine Grenzen mehr gesetzt. Falls jemand moralische Probleme oder Bedenken hat, so wird ihm seine "christlich-abendländische oder jüdische" Rückständigkeit z.Z. von den Bioethikern korrigiert.

Noch ein Wort zur Hormonforschung, weil es in diese Zeitung paßt. Im Rahmen der UVF-Behandlung werden immer neue Hormoncocktails an Frauen ausprobiert, zur Beeinflussung ihrer Fruchtbarkeit. Die **Zeit des Faschismus** stellt in dieser Hinsicht einen traurigen Höhepunkt dar. Der Gynäkologe **Clauberg**, der Experimente zur Unfruchtbarmachung in den KZs **Ravensbrück** und **Auschwitz** unternahm, erforschte in seiner wissenschaftlichen Laufbahn auch Methoden zur Fruchtbarkeitssteigerung sog. wertvoller Frauen. In seiner Biographie wird der Zusammenhang von "Fruchtbarkeitsforschung" und "Vernichtungsforschung" besonders deutlich. Ich meine, daß sich dieser Zusammenhang heute aktualisiert. Hormonforschung im

Rahmen der gerade beschriebenen IVF-Experimente ist eine Seite der Me-

daille. Die Hormonforschung an Frauen in den südlichen Kontinenten, die in den Familienplanungsprogrammen mittels Langzeit-Hormonen unfruchtbar gemacht werden, ist die andere Seite der Medaille.

AntifaZ: Wie ist Eure Kritik an der Pränatal-Diagnostik, einem Angebot, das doch mittlerweile von vielen Frauen in Anspruch genommen wird?

Erika: Da ist ja noch einmal ein Thema für sich.

Aber wichtig zu sagen ist mir an dieser Stelle folgendes:

Die heutige Situation wird immer so dargestellt, als ob Frauen nach diesen Techniken verlangt hätten. Die Gynäkologen, Peri-post- und Pränatal-Mediziner und wie auch immer die Expertenschar für Eierstöcke, Fruchtbarkeit, für die Zeit vor und nach der Geburt sich nennen mag, als ob sie nur der Bedürfnislage von Frauen gefolgt wäre, als sie die "high-tech-Betreuung" entwickelte.

Dieser Meinung bin ich nicht. Frauen haben nicht nach diesen Techniken verlangt, sie wurden zur Kontrolle ihrer Gebärfähigkeit und des Gebärens entwickelt und haben tatsächlich zu einer fast vollständigen Enteignung und damit zu einer vollständigen Verunsicherung geführt. Wer findet sich noch zwischen den zahlreichen sog. Angeboten wie zahllosen Blutuntersuchungen, Ultraschallvermessungen und Gewebentnahmen bei Frauen über 35 Jahren zurecht.

Damit - mit der so erzeugten Verunsicherung - ist der Boden, die Bereitschaft zur Annahme einer medizinischen Infrastruktur geschaffen, die hauptsächlich eugenische Bevölkerungspolitik zum Ziel hat. Das ganze Angebot dreht sich nicht um die schwangere Frau, sondern um den Embryo, dessen Normabweichungen vorgeburtlich erkannt und bewertet werden sollen.

Ich kann hier nur wiederholen, was ich bestimmt schon an anderer Stelle in diesem Interview gesagt habe. Die Sicherheit ist scheinbar. Es gibt keine Garantie für ein sog. gesundes Kind. Die Techniken selbst bedingen gesundheitliche Gefahren für Frau und Embryo.



Je mehr Untersuchungsmethoden und Messungen vorgenommen werden, desto schwieriger wird es, "in der Norm zu bleiben". Die Illusion, "Gesundheit" technisch zu garantieren, was zunehmend mit "Glück" gleichgesetzt wird, verändert den gesellschaftlichen Umgang mit jenen, die nicht der Norm entsprechen. Durchgesetzt wird dieser Vorgang nicht nur durch o.g. Verunsicherung, sondern auch durch ein weiteres Dogma "unserer Zeit":

die individuelle Entscheidungsfreiheit, die persönliche Wahl.

Freiheit ist die Wahl zwischen verschiedenen Angeboten aus dem medizinischen Supermarkt, jede kann sich informieren, keine wird gezwungen. Es ist ein Trugschluß zu meinen, das Individuum, oder das, was man derzeit dafür hält, würde vollständig getrennt von der Gesellschaft existieren. Das Geflecht von Beziehungen, gesellschaftlichen Strukturen und Atmosphären beeinflussen, was wir denken und wünschen. Die Wahl der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsträger ist eindeutig:

der "kostengünstige", "produktive", "gesunde", "fitte" und "glückliche" Mensch ist gefragt.

Ich meine, daß es wichtig ist, dieser Wahl entschieden entgegenzutreten, sonst glauben wir am Ende selbst noch, daß diese Wahl die unsrige ist.

AntifaZ: Nun sind wir zu den nicht-menschlichen Anwendungsgebieten gar nicht mehr vorgedrungen ...

Erika: Das Feld der Anwendung ist einfach zu groß. Dazu müßt Ihr aber unbedingt noch eine neue Folge in Eurer Zeitung machen. In der nächsten Zeit werden die gentechnologischen Verfahren in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion die Illusion von der Möglichkeit, sich individuell den Technologien entziehen zu können, endgültig vom Tisch fegen.

Im übrigen haben wir dienstags und donnerstags nachmittag zum Stöbern und Diskutieren geöffnet - telefonische Ankündigung von Besuchen empfiehlt sich trotzdem.

Unsere Adresse: Genarchiv, Friederikenstraße 41 (Hinterhof), 43 Essen 1, Tel.: 0201/78 42 48.

AntifaZ: Erika, wir bedanken uns für heute ganz herzlich für dies ausführliche Interview und versprechen, daß wir dies Thema häufiger in der AntifaZ behandeln werden.

INTERVIEW MIT BONNER

ANTIIMPERIALISTEN

Am 2. Dezember 1990, am Abend der "Reichstagswahlen", hatten wir während der zentralen Wahlfete der PDS in der Bonner Stadthalle Gelegenheit, einen Bonner Antiimperialisten zu interviewen, der in der Bonner UnterstützerInnen-Initiative für die PDS mitarbeitete. Da uns dies etwas ungewöhnlich erschien, wollten wir von ihm etwas über seine Beweggründe hierfür wissen.

AntifaZ: Wir erfuhren gerade, daß Du als Antiimperialist Mitglied der Bonner UnterstützerInnen-Gruppe für die PDS geworden bist. Wie kam es dazu?

Antiimp: Also, ich komme aus dem autonomen antiimperialistischen Spektrum, mache im **Bonner Info-laden** mit, und wenn Du sagst, daß ich mich für die PDS engagiere bzw. in der Unterstützungs-Ini mitmache, dann ist das nicht so ganz richtig. Konkret siehts so aus, daß mich die Partei zuerst einmal interessiert, daß ich mir nicht im klaren darüber bin, wie sie im Moment ist, und ich mir auch nicht darüber im klaren bin, in welche Richtung sie sich entwickelt.

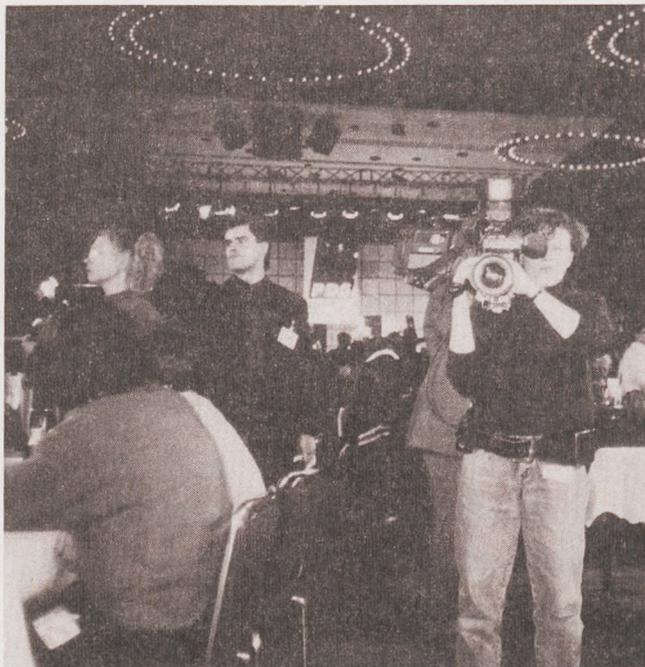
Ich bin aber der Meinung, daß das ein Ding ist, daß im Moment nicht diskutiert werden kann, nicht auf der Grundlage der verschiedenen Schriften, die herauskommen, sondern ich denke, wir müssen an die Partei heran, was mit ihr zusammenmachen, und erst, wenn wir was mit ihr zusammen gemacht haben, ergibt sich ein klareres Bild, ob wir bestätigt werden, ob wir enttäuscht werden. Das werden wir erst herausfinden, wenn wir die Partei näher kennengelernt haben. Um sie kennenzulernen, müssen wir an die Partei heran.

AntifaZ: Hast Du Dich denn auch ein wenig über die augenblicklichen politischen Ziele der PDS informiert, über das Programm oder die Aussagen, die sie in den vergangenen Wochen während des Wahlkampfes gemacht hat?

Antiimp: Ja, ziemlich intensiv. Das Programm kann ich weitestgehend unterschreiben, wobei es natürlich ganz

bewußt sehr vage gehalten worden ist...
AntifaZ: Du meinst das Wahlprogramm?

Antiimp: ...ja, das Wahlprogramm. Das Parteiprogramm der PDS interessiert mich im Moment etwas weniger, weil das ein Notprogramm ist. Im Februar ist ein Parteitag, da wird es ein neues Programm geben, das ist dann das entscheidende Programm. Das Wahlprogramm finde ich in Ordnung, ich würd es als linksreformistisch bzw.



linkssozialdemokratisch einordnen.
Die PDS ist nicht meine Partei,

ich denke auch nicht daran, dort beizutreten, aber ich denke, sie ist zur Zeit noch ein potentieller Bündnispartner, auch für autonome Strukturen.

AntifaZ: Ihr habt sicherlich die Entwicklungen mitbekommen, die auch hier in NRW mit der **Linken Liste** gelaufen sind, eine Struktur, die ja anfangs über die PDS hinausreichte. Wie stellst Du Dir vor, daß Linke, die nicht in der PDS organisiert sind, den Kontakt zu ihr verstärken oder, wie Du sagst, durch kritische Zusammenarbeit fortsetzen können?

Antiimp: Ich denke, das werden in erster Linie inhaltliche Fragen sein müssen, über die wir mit der PDS diskutieren. Die ganzen Unterstützungs-Inis sind ja in erster Linie Inis, die sich zum Ziel gesetzt haben, die PDS erst mal bekannter zu machen und ihr zum Einzug in den Bundestag zu verhelfen. Inhaltliche Diskussionen sind ja nur in ganz kleinen Kreisen gelaufen, die wenig bekannt geworden sind. Ich find an wichtigsten, daß sich West-Linke, in erster Linie Kommunistinnen und Kommunisten, sich mit der **Kommunistischen Plattform innerhalb der PDS** auseinandersetzen. Es gibt ja auch ein Diskussionsangebot von der "Kommunistischen Plattform", das im letzten "**Arbeiterkampf**" abgedruckt war, und ich hoffe, daß sich viele KommunistInnen hier damit rege beschäftigen. Im Moment siehts so aus, daß da wahnsinnig viel Skepsis ist, und ich möchte mich auf jeden Fall in der nächsten Zeit schwerpunktmäßig darum bemühen, daß da ein Kontakt zustandekommt.

AntifaZ: Und jetzt noch zum Schluß speziell zu unserem Hauptthema. Wir sind ja eine antifaschistische Zeitung. Wir wissen, sagen wir es mal vorsichtig, daß es in der PDS Positionen gibt, die der autonomen antifaschistischen Arbeit sehr kritisch gegenüberstehen, was sich z.B. in der Frage zeigt, ob man den Nazis auf der Straße aktiv entgegentreten soll. Wie siehst Du hier Aufgaben, die AntifaschistInnen gegenüber der PDS erfüllen können?

Antiimp: Mir gefällt diese Position einiger Teile der PDS überhaupt nicht, ich sehe dem ganzen aber ziemlich gelassen entgegen. Wenn Du bedenkst, daß sie ein ganz anderes Staatsverständnis haben, daß sie ein ganz anderes

Verständnis von Eigenverantwortung und von autonomen Strukturen haben, wir würden viel zu viel erwarten, daß sie in der kurzen Zeit, bei den ganzen Problemen, die sie hatten, für dies alles ein richtiges Verständnis entwickeln könnten. Da bin ich also sehr geduldig. Ich hab auch Verständnis dafür, daß in der kurzen Zeit, in der jetzt Wahlkampf war, dies ihr Hauptschwerpunkt war, und sie sich keine neuen antifaschistischen Positionen entwickeln konnten. Ich denke aber, daß sich dies in den nächsten Monaten ändern wird.



AntifaZ: Zum Schluß noch eine ganz andere Frage, nicht zur PDS. Wir haben eben auch mit einigen Freunden von den "St. Pauli-Fan-Clubs gegen Rechts" gesprochen. Siehst Du eine Möglichkeit, mit dieser Struktur auch hier in NRW zusammenzuarbeiten, ist das eine rein Hamburger Sache, oder ist das eine ernst zu nehmende Sache, die über Hamburg hinausgeht?

Antiimp: Das ist mit Sicherheit was Ernsthaftes. Sie stehen aber in erster Linie uns im Westen als Ansprechpartner gegenüber, damit hat die PDS erst einmal nichts zu tun. Für mich muß konsequenter Antifaschismus im Antikapitalismus münden, und das wären Fragen, die wir mit diesen Strukturen zu diskutieren hätten.

AntifaZ: Wir werden sicher einmal über die "Fanclubs gegen Rechts" berichten. Für heute Dir alles Gute und herzlichen Dank für dies Interview.

blick nach draussen

Aschaffenburg, 12.11.90

Mit einem Schweigemarsch zum 52. Jahrestag der sogenannten Reichskristallnacht erinnerten rund 150 vorwiegend junge DemonstrantInnen an den Aschaffener Synagogenbrand am 9. November 1938. Zu der Kundgebung unter dem Motto "Gegen das Feiern - gegen das Vergessen" hatte das "Bündnis gegen Rechts" aufgerufen. Vom Wolfsthalplatz, wo einst die Synagoge stand, ging es zur Sandkirche. In der Herstattstraße gedachten die Teilnehmer der Ermordung des Aschaffener Friedel Heymann, der kurz vor Kriegsende standrechtlich erschossen worden war. An der Sandkirche, wo in der Nacht zum 3. Oktober die Gedenktafel für die Opfer des Nationalsozialismus entwendet worden ist, wurde eine neue Gedenktafel enthüllt, in der Oberbürgermeister Dr. Willi Reiland und die im Stadtrat vertretenen Parteien aufgefordert werden, die gestohlene Tafel umgehend zu erneuern und für die versprochene Umgestaltung des Platzes, auf dem früher das Gefängnis stand, zu sorgen.

(Antifa-Bündnis Landkreis Miltenberg)

Hagen, 3.12.90

In einem internen Flugblatt des NPD-Kreisverbandes Hagen zur Information seiner Mitglieder und Sympathisanten heißt es:

"Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!
Am Abend des 2. Dezember 1990 findet in der Bürgerhalle des Rathauses eine Wahlparty statt. Der Herr Oberbürgermeister Thieser hat alle Hagener Bundestagskandidaten persönlich (auch den NPD-Kandidaten!) gegen 19.30 Uhr zu einer Diskussionsrunde eingeladen. Kommen auch Sie an diesem Abend, um sich zu informieren und sich die Aussagen der NPD anzuhören.

Wir Nationaldemokraten fordern:

Deutschland uns Deutschen
Schluß mit dem Asylmißbrauch
Endlich soziale Gerechtigkeit."

Ein Anruf der VVN-BdA im Rathaus ergab, daß die Einladung tatsächlich so erfolgte. Selbst wenn die SPD sich die Sache aufgrund von Protesten noch anders überlegt hat, ist dies ein Skandal. Sozialdemokraten und Faschisten in einer Runde?

Das wird kaum einem SPD-Mitglied recht sein.

(Zuschrift an die Redaktion aus Hagen)

Gummersbach, 22.11.90

Vom 5.11.90 bis zum 19.11.90 führten Kurdinnen und Kurden einen Hungerstreik durch, um gegen die menschenunwürdige Behandlung durch die Behörden zu protestieren. Sie forderten:

- keine Sammelverpflegung und Warengutscheine
- keine schlechte Behandlung auf den Ämtern

- Lösung des Wohnungsproblems

- Asylrecht muß bleiben

- anstelle von Abschreckungspolitik menschliche Lebensbedingungen für alle Flüchtlinge schaffen.

Mit Flugblättern wandten sie sich an die Öffentlichkeit und stellten konkret ihre Probleme dar. Die Wohnungen bzw. Zimmer, in denen sie untergebracht sind, sind z.T. unbewohnbar. In einem Zimmer (z.B. 14 m²) "leben" 5-6 Personen mit Kindern. In diesem Zimmer müssen sie essen, kochen und schlafen. Die Kinder gehen zur Schule, haben aber keinen Platz zum Lernen und um ihre Hausaufgaben zu machen. Es gibt wenig oder gar keine Spül- und Waschgelegenheiten.

Das Sozialamt zahlt weniger Sozialhilfe als gesetzlich vorgesehen oder sogar gar keine. Weil die Kurdinnen und Kurden z.T. wenig oder gar nicht Deutsch sprechen, werden sie benachteiligt. Die jetzt vorgesehenen Maßnahmen für Sammelverpflegung schaffen Zustände wie im Gefängnis. Auch Sozialhilfe in Form von Sachleistungen, die dann nur in bestimmten Kaufhäusern (z.B. Aldi) gewährt werden, schafft Zwang, der dazu führt, daß Asylbewerber für sie ungenießbare Dinge essen müssen, die ihrer EKultur widersprechen.

Am 18. November besetzten dann etwa 50 KurdInnen, darunter 32 Kinder, die St. Franziskus-Kirche zur Unterstützung ihrer hungerstreikenden Landsleute, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Sie wollten die Kinder der Obhut der Kirche übergeben, damit sich auch die Frauen an dem Hungerstreik beteiligen könnten. Stundenlang mußten sie warten, bis ihnen für eine Nacht Unterbringung in einem Jugendheim zugesagt wurde, was dann allerdings verlängert wurde.

Nach 15 Tagen Hungerstreik wurde ein Kompromiß ausgehandelt, den die KurdInnen für tragbar hielten:

Der Sozialhilfebeitrag wird zur Hälfte in bar und zu anderen Hälfte in Gutscheinen ausgegeben. So erhält jetzt eine Asylbewerberfamilie mit zwei Kindern 425 DM in bar statt bisher 220 DM. Der Maximalsatz von bisher 70 DM Bargeld pro Person wurde auf 135 DM angehoben. Entsprechend niedriger fällt die Zahl der Essensmarken aus.

Nach zwei Wochen Hungerstreik mußte der Kreis also einlenken. Es gab aber durchaus andere Überlegungen, wie z.B. die von Dr. Jorg Nürnberg, dem Leiter des Gesundheitsamtes, der vermerkte, die Streikenden seien am Rand ihrer Widerstandskraft gewesen. Nur eine Nacht bei niedrigen Temperaturen hätte möglicherweise fatale Folgen gehabt. Das hätte man nicht geduldet. Mit anderen Worten, der Streik wäre notfalls mit Polizei beendet worden.

(Flugblätter des Flüchtlings-solidaritätskomitees Oberbergischer Kreis)

Burgdorf, 4.12.90

Seit Monaten randalieren neofaschistische Skinhead-Banden in Burgdorf und greifen vorzugsweise auf Festen Linke und AusländerInnen an. Ein weiteres Ziel war das Jugendzentrum, in dem ein neuer Leiter gerade begonnen hatte, eine selbständige Jugendarbeit aufzubauen. Gerade bei Rock-Konzerten traten die Skins in Erscheinung und terrorisierten Besucher. Bei einem der letzten Konzerte organisierten sich dann die Besucher selbst, die Skins wurden verprügelt. Polizei schützte sie vor weiteren Angriffen empörter Besucher. Tags darauf fiel die örtliche Presse über die Jugendlichen her, sie hätten die Auseinandersetzungen verursacht und die friedlichen Skin-Heads angegriffen. Polizei-Oberrat Lohmann äußerte gar Verständnis dafür, daß die Skin-Heads jetzt eine Wut im Bauche hätten. Die Stadtverwaltung trat in Aktion und verbot bis auf weiteres Rock-Konzerte im Haus der Jugend. Im Gemeinderat trat die Spieß-Moral-Apostel- und Oberlehrer-Fraktion von der CDU bis zu den GRÜNEN in Aktion und lehnte einen Antrag des Jugendcafes "Johnny B" ab, im Haus der Jugend ab 20 Uhr bei Rockkonzerten Alkohol ausschenken zu dürfen.

Daraufhin wurde von verschiedenen antifaschistischen Initiativen eine Demonstration in Burgdorf gegen den Skin-Head-Terror und für eine selbstbestimmte Jugendarbeit organisiert. Die Demonstration wurde ein großer Erfolg, die von den konservativen Kräften gewünschten Auseinandersetzungen mit Skins-Heads oder der Polizei blieben aus. Mittlerweile mußte die örtliche Presse Leserbriefe abdrucken, die alle gegen den Skin-Head-Terror sowie das Vorgehen der Polizei und Stadtverwaltung Stellung bezogen.

Kein einziger Brief verteidigte die Politik des konservativen Lagers. Die Stadtverwaltung bot daraufhin den Jugendlichen Gespräche an mit dem Ziel der Wiederaufnahme der Rockkonzerte.

BESETZTES HAUS

IN MÜNSTER GERÄUMT



Mit Haßparolen und Wutgeheul begleiteten die umstehenden Sympathisanten aus der Hausbesetzer-Szene den Einsatz der Polizisten.
Foto: Etkorn

Die Stadt Münster hat - wie von den HausbesetzerInnen des Hauses Engelstr. 59 nicht anders erwartet - unmittelbar nach den "Reichstagswahlen" am 2.12.1990 zugeschlagen und das Haus geräumt. Lange gezögert hat die Stadt nicht, genau einen Tag nach der Wahl, am 3.12.90, wurde mit einer Hundertschaft Polizei das Haus der früheren Gaststätte "Lindenwirtin", von den BesetzerInnen in "Cafe Vulkan" umgetauft, geräumt. Unmittelbar nach der Räumung erfolgte der Abriß.

Mitglieder der AntifaZ-Redaktion hatten noch kurze Zeit vor der Räumung ein Gespräch mit zwei BesetzerInnen geführt, in dem klar wurde, daß mit der Räumung in Kürze zu rechnen sei. Zu eindeutig standen sich Interes-

sen der Stadt (Bau eines großangelegten Straßenbau-Projekts, wodurch die Struktur des gesamten Stadtteils zerstört wird) und der BesetzerInnen (Schaffung eines kulturellen Zentrums mit Cafe und Restauration, wobei die Räume

der ehemaligen "Lindenwirtin" instandgesetzt werden sollten) gegenüber.

Zur Zeit der Räumung waren nur noch vier Personen in dem besetzten Haus, die eigentliche "Räumung" hatte schon in der Nacht vom 2. auf

den 3.12. stattgefunden, als von der Feuerwehr ein Brand im Dachgeschoß des Hauses gelöscht wurde und das Haus daraufhin von der Kripo versiegelt worden war. Seit 2.10 Uhr nachts wurde das Haus dann von Zivilpolizei beobachtet, die dann auch die erneute "Besetzung" durch vier Leute in den frühen Morgenstunden direkt "weitermelden".

Daraufhin ordnete die Staatsanwaltschaft Personenüberprüfung an, die Stadt Münster er-

klärte ihr "Einverständnis" mit der dann erfolgten Räumung und dem direkten Abbruch.

Die ganze Räumung mußte natürlich in bekannter polizeistaatlicher Manier "generalstabsmäßig" durchgezogen werden, obwohl nur vier Leute im Haus waren.

Eine eigens aus Dortmund angekarrte SEK-Einheit stieg aufs Dach und zerstörte mit Axthieben ein verbarriadiertes Fenster, mußte zusätzlich eine Blindgranate hineinwerfen,

da man sich ja im Kriegszustand befand.

Die kämpferische Aktion war dann kurz nach 13.30 Uhr beendet, die vier Leute ließen sich ohne Widerstand hinausführen - was hätten sie sonst auch machen sollen?

Daß die draußen stehenden etwa 50 Leute aus dem Unterstützerkreis nicht gerade Freunde der Stadt Münster waren, machten sie kurz und präzise deutlich:

"Wir haben Euch was mitgebracht: Haß, Haß, Haß".

ANZEIGE

„Bücherladen“

unsere Themen von
A-Z:

Ausländer
Biologisches Bauen
Chemie in Lebensmitteln
Dritte Welt
Entwicklungspolitik
Faschismus
Geschichte
Heilkräuter
Jndianer
Kriegsgefahr
Liebe
Medien

Neonazismus
Ökologie
Politik
Reisen
Sanfte Energien
Trampen
Umweltschutz
Vollwerternährung
Waldsterben
Yoga
Zukunft

... und

- jede Menge Kinder- und Jugendbücher
- Frauen- und Männerliteratur
- Zeitschriften
- Plakate
- Postkarten
- Umweltschutzpapier

Wir bestellen jedes lieferbare Buch in 2-3 Tagen !!!

Goethestr. 4
4370 Marl
02365/66 803

Schaut mal rein!

ANTIRASSISMUSFEST

IN HERTEN/WESTFALEN

Geplant ursprünglich zum 9. November aus Anlaß des Jahrestags der "Reichspogromnacht" und als Gegenpol gegen den großdeutschen Einheitstaumel, durchgeführt dann am 17. November 1990, fand in Hertener ein "Antirassismusfest" statt. Organisatoren waren die Hertener Initiative "Gemeinsam leben", der Kreisverband Recklinghausen der VVN-BdA und der Recklinghäuser "Antifaschistische Bund", Veranstalterin war die antifaschistische Zeitung "AntifaZ".



Trotz einiger Anstrengungen der Organisatoren in Vorbereitung und Programmgestaltung kamen nur etwa 60 Menschen zu diesem Fest - für alle Beteiligten eine Enttäuschung.

Zwar gab es eine Reihe widriger Umstände - so regnete es Bindfäden, zudem fanden zwei ebenfalls alternative Veranstaltungen am gleichen Abend statt - dennoch hatten wir mit mehr Interesse gerechnet, war doch das Programm wirklich äußerst interessant.

Zu Beginn las der bekannte türkische Autor Bahattin Gemiçi aus Hertener mehrere seiner Gedichte vor. Bahattin ist wegen der großen Eindringlichkeit seiner Literatur in kurzer Zeit über Hertener hinaus bekannt geworden.

Anschließend spielte ein Hertener "Newcomer", Thomas Kokalj, auf der Gitarre und trug eine Reihe seiner selbstverfaßten Lieder vor, die von Einsamkeit, Liebe, Wunsch nach Frieden handeln.

Die Höhepunkte der Veranstaltung bildeten zu gleichen Teilen die iranische Band "Hawa" aus Krefeld und die deutsche Gruppe "Kaffa" aus Marl.

"Hawa" spielten traditionelle iranische Lieder, nach anfänglicher Verhaltenheit konnten sie das Publikum immer mehr begeistern, zudem erläuterten sie bei ihren Vorträgen auch die fremdartigen Musikinstrumente, auf denen sie spielten.



"Kaffa" aus Marl hat sich zum Ziel gesetzt, deutsche und türkische Rock-Musik miteinander zu verschmelzen, was ihnen hervorragend gelang. Vor allem ihnen wäre ein größeres Publikum zu wünschen gewesen, da sie schon von der Lautstärke darauf angewiesen waren.

Von allen wurde das Programm als sehr gelungen bezeichnet, zudem war auch für das leibliche Wohl gesorgt, da eine Gruppe von kurdischen Freunden Kebab und Fladenbrot anbot.

Dennoch blieben gemischte Gefühle, da nicht zuletzt finanziell einige Probleme übrig blieben. Immerhin hatte dankenswerterweise das Jugendamt der Stadt Herten kostenlos die technischen Anlagen für die Bands zur Verfügung gestellt, auch die Benutzung des Veranstaltungsortes, des **Jugendzentrums Herten-Nord** erfolgte kostenlos.

Unterm Strich waren sich aber alle einig: Das soll nicht das letzte **Antirassismus-Fest** in Herten gewesen sein:

Im Frühjahr soll versucht werden, in größerem Rahmen und mit breiterer Beteiligung eine - dann hoffentlich besser besuchte - Neuauflage zu starten.

Anzeige

Drübbelken

KNEIPE

GALERIE

RESTAURANT



Münsterstraße 5 · 4350 Recklinghausen · Tel.: (0 23 61) 2 34 93

WOTANS ERBEN UNTER UNS

Veranstaltungsreihe des Jugendzentrums Schonnebeck für Schülerinnen und Schüler der Gustav-Heinemann Gesamtschule in Essen

Mit der Fragestellung "Befindet sich der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik auf dem Vormarsch?" beschäftigte sich eine Veranstaltungsreihe des JUGENDZENTRUMS SCHONNEBECK, einer Einrichtung des Jugendwerks der Arbeiterwohlfahrt Essen, bei der Schülerinnen und Schüler der Gustav-Heinemann-Gesamtschule im November 1990 zu Gast waren.

Anton Maegerle, Sachkenner in Fragen des Rechtsextremismus und Referent des Bundesjugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt zu diesem Themengebiet, stellte zu Beginn seiner Ausführungen fest, daß in den letzten Jahren eine bedrohliche Zunahme von Gesetzesverletzungen einschließlich von Gewaltakten mit rechtsextremistischem Hintergrund und steigende Mitgliederzahlen bei rechtsextremistischen Organisationen zu beobachten sind, sowie der Einzug rechtsextremistischer Parteien in Landesparlamente (DVU-Liste D 1987 in Bremen und die REPs 1989 in Berlin) Alarmzeichen für den demokratischen Rechtsstaat sein sollten. Der Referent zeigte auf, daß es Rechtsextremismus gibt, seit die Bundesrepublik besteht. So knüpfte er einen Bogen von der neonazistischen "Sozialistische Reichspartei (SRP)" um Otto Ernst Remer, die Anfang der fünfziger Jahre für Schlagzeilen sorgte, über die NPD, die Mitte

der sechziger Jahre in mehreren Landesparlamenten vertreten waren, zu den REPs.

Heute, nachdem die REPs wegen parteiinterner Streitigkeiten im Niedergang begriffen sind, machen insbeson-

vorrangig bei Skinheads und Hooligans rekrutieren. Aktuelles Beispiel sei der brutale Übergriff von jugendlichen Rechtsextremisten auf ein 13jähriges Mädchen in Essen, dem ein Hakenkreuz in die Wange ge-



dere militante Neonazis auf sich aufmerksam, die ihren Nachwuchs

ritzte wurde.
**Nationalismus und
Ausländerfeindlich-**

keit sind die Themen, mit denen es, wie Maegerle berichtete, den Rechtsextremisten gelingt, verstärkt Einfluß auf eigentlich unpolitische Jugendgruppierungen auszuüben. Skinheads, Hooligans und Neonazis schließen sich zusammen, eine zunehmende Aggressivität und Militanz vor allem gegen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind augenfällig. Bezeichnend für diese Entwicklung sind zahlreiche Bundesliga-Fan-Clubs, wie die Dortmunder Borussia-Front, deren Gründer Siegfried Borchardt (genannt "SS-Siggi") auch gleichzeitig 2. Bundesvorsitzender der militanten neonazistischen FAP ist, einer Partei, die einen vom Führerprinzip und dem Grundsatz rassistischer Auslese bestimmten totalitären Staat nach Ideologie und Programm der NSDAP anstrebt.

Bemängelt wurde auf den Veranstaltungen, daß sich die für Extremismus "zuständigen" Ämter und Behörden in der Bundesrepublik immer noch dieser Problematik verschließen. So werden im Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums des Innern

Organisationen/Parteien, die dem äußerst rechts stehenden Spektrum zuzuordnen sind wie die REPs, die Patrioten für Deutschland (Pfd) oder die HIAG (Nachfolgeorganisation der Waffen-SS) nicht genannt.

Maegerle betonte, daß es sich bei den vom Bun-

desamt für Verfassungsschutz beobachteten Rechtsextremisten nur um die Spitze des Eisberges handle. So sage die Mitgliederstärke von rechtsextremistischen Parteien nichts darüber aus, was in den Köpfen

prinzipielle Ungleichheit unter den Menschen als politische Postulate anzuerkennen.

Ursachen dieser Verbreitung von rechtsextremen Orientierungsmustern bei Jugendlichen sind neben dem



Edgar Geiss und ANS-Chef Michael Kühnen

der Bundesbürger und Bundesbürgerinnen - und insbesondere bei jungen Menschen - vorgehe.

Nach der 1981 veröffentlichten Sinus-Studie haben 13 Prozent der bundesdeutschen Wahlbevölkerung ein rechtsextremes Weltbild, das antisemitische und militaristische Züge aufweist, dem Führerkult huldigt und sich durch Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und Verehrung der nationalsozialistischen Diktatur auszeichnet.

Untersuchungen des Bielefelder Jugendforschers Prof. Dr. Heitmeyer, die dieser 1987 veröffentlichte, ergaben gar, daß ca. 40 Prozent der von seinem Team befragten Jugendlichen im Alter von 16/17 Jahren zu Auffassungen neigen, den Nationalismus und

Autoritäts- und Legitimitätsverlust des politischen Herrschaftssystems (Stichworte: Barschel, Neue Heimat), die einhergehende Auflösung des Klassenbewußtseins, die zur Einzelung des Individuums und zum Auflösen von sozialen Bindungen führt. Dem steht der Wunsch nach Geborgenheit und Kameradschaft entgegen, den Jugendliche dann in rechtsextremen Organisationen zu finden glauben.

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit breiten sich auch in unseren Nachbarländern aus. So zitierte Maegerle den im Oktober 1990 vorgelegten Untersuchungsbericht des Europäischen Parlaments, der zum Ergebnis kam, daß sich Rassismus, Antisemitismus und Frem-

denfeindlichkeit auf dem Vormarsch befinden. Zunehmend sind auch wieder antisemitische Aktionen zu registrieren, die sich u.a. in Grabschändungen -wie in Baden-Württemberg oder Frankreich - äußern. Besonders bedrohlich empfindet der Untersuchungsbericht die zunehmende Verflechtung der neonazistischen/gewalttätigen Gruppen über die Grenzen hinweg und die sich international organisierende Skinheadbewegung.

Bezüglich der fünf neuen Bundesländer äußerte sich Maegerle bestürzt über das vorhandene rechtsextreme Potential, welches sich in Wahlen bisher allerdings noch nicht artikuliert habe. Stärker als in der "alten" Bundesrepublik seien dort rassistische

Hetze, ausländerfeindliche Äußerungen, anti-sowjetische Parolen, Friedhofsschändungen, schwere Ausschreitungen von Skinheads gegen Sicherheitskräfte und Andersdenkende anzutreffen.

Zum Abschluß der Veranstaltungen wurde von den Jugendlichen, die in engagierten Diskussionsbeiträgen zum wesentlichen Gelingen des ersten gemeinsamen Projekts der Gustav-Heinemann-Gesamtschule und des Schonnebecker Jugendzentrums beitrugen, u.a. die konsequente Beseitigung der (Jugend)-Arbeitslosigkeit und verstärkte Bildungsbemühungen in der Schule gefordert, um rechtsextremen Orientierungen entgegenwirken zu können. Einig waren sich die Teilnehmerinnen und

Teilnehmer in der Ablehnung von Parteiverboten, die im Regelfalle nutzlos seien. Auch sei es nicht nötig, schärfere Gestze zu fordern. Zwingend sei dagegen deren strikte Anwendung, so der AWO-Referent Maegerle.

Die Veranstaltungsreihe schloß mit der Feststellung, sich künftig wachsam und entschlossen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus einsetzen zu wollen. Lehrerinnen und Lehrer könnten in der Schule und im Unterricht dazu beitragen, autoritäre Verhaltensmuster nicht zu reproduzieren, sondern langfristig zu demokratisieren und vorurteilsgeprägte Einstellungen abzubauen.

(Petra Lattenkamp,
19.11.1990)

Anzeige

SONNENBLUME
Groß & Reuter
SPRINGSTR. 2
RECKLINGHAUSEN
02361/13 927



- * Lebensmittel aus kontrol. biologischem Anbau
täglich frisch: Obst und Gemüse
Brot
Milchprodukte
- * Naturkosmetik
- * Linn-Naturschuhe
- * Auro-Naturfarben

ANDERS PRODUZIEREN, ANDERS ARBEITEN, ANDERS LEBEN

Geschäftszeiten: Mo.-Do. 9-18 Uhr, Sa. 9-13 Uhr

"EINST WERDEN WIR KÜNDEN..."

In dieser und weiteren Ausgaben der AntifaZ wird Hermann Bogdal über das Schicksal unbekannter Kämpferinnen und Kämpfer gegen den Faschismus berichten. Sein Artikel für diese Ausgabe erzählt vom Schicksal der Kommunistin Martha Hadynski aus Duisburg. In der kommenden Ausgabe wird er über den Recklinghäuser Kommunisten Erich Bergmann berichten, der im KZ Esterwegen ermordet wurde.

In der Zeit von Dezember 1935 bis März 1936 wurde in Duisburg-Hamborn von der Gestapo eine großangelegte Verhaftungswelle durchgeführt, von der 80 KommunistInnen betroffen waren.

Unter ihnen 41 JungkommunistInnen.

Im Jahr 1937 wurde im Amtsgericht von Duisburg, in einem Sonderverfahren, vom Sondergericht Hamm der Prozeß durchgeführt. Die verhängten Strafen erstreckten sich von 2 bis 12 Jahre Zuchthaus.

Der Historiker Kuno Bludau ("Gestapo! Geheim!") bezeichnet diesen Prozeß in seiner Dokumentation "Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933-1945" als einen "der größten Hochverratsprozesse des nationalsozialistischen Staates".

Wer war Martha Hadynski ?

Die junge Kommunistin Martha Hadynski hatte die Ziffer 53 in der 1834 Seiten starken Anklageschrift, die der Generalstaatsanwalt in Hamm/Westfalen - mit dem Aktenzeichen 6 o.Js 10/36 und dem unterstrichenen Vermerk "Hochverratsache! Streng vertraulich" - der jungen Antifaschistin am 22. Juli 1936 in ihrer Haftzelle des Untersuchungsgefängnisses in Duisburg-Hamborn aushändigen ließ.

Martha war am 8. Januar 1936 in ihrer Wohnung in Duisburg-Hamborn festgenommen worden. Nach den üblichen Verhören durch Gestapomänner wurde sie am 8. Februar 1936 in das Untersuchungsgefängnis Duisburg-Hamborn überführt.

Sie war 24 Jahre alt, als sie in die Hände der Gestapo fiel.

In einer großangelegten Verhaftungswelle im Gebiet von Duisburg-Hamborn bis Rheinhausen wurden 80 Angehörige einer kommunistischen Widerstandsgruppe in ihren Wohnungen und auf ihren Arbeitsstellen festgenommen.

Gegen alle hatte die Gestapo durch die Generalstaatsanwaltschaft in Hamm

Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat erheben lassen.

Wenige Tage nach Prozeßeröffnung wurde das Verfahren gegen die 37 JungkommunistInnen abgetrennt und in einem Sonderverfahren weitergeführt.

Alle gehörten dem Kommunistischen Jugendverband Deutschland (KJVD) als Mitglieder und Funktionäre an.

Die jüngste der Angeklagten, Agnes Herk aus Marxloh, war zum Zeitpunkt ihrer Festnahme 19 Jahre alt.

Martha Hadynski kam aus Mülheim/Ruhr, ihr Vater war Bergarbeiter. Sie hatte im Hamborner Kaufhaus EHAPE auf der Jägetstraße Arbeit gefunden.

Meine Bekanntschaft und politische Bindung zu Martha begann in der Zeit des Endes der Weimarer Republik, zu der Zeit, als ich im Bezirk Ruhr für Jugendarbeit tätig war. Mir standen wenige Abende zur Verfügung, die ich in meinem Wohnbezirk der Jugendorganisation widmen konnte.

Es war an einem der Jugendabende in Duisburg-Beek, an dem Martha teilnahm. Ein kleiner Kreis junger Menschen, die Kenntnis über die Arbeiterbewegung vermittelt bekommen wollten und angesichts der faschistischen Gefahr das politische Leben der Jugend mitgestalten wollten.

Martha war von einer tiefen Begeisterung erfüllt, von jenem revolutionären Enthusiasmus, der damals viele von uns JungkommunistInnen erfaßt hatte. Ohne ihn wäre der antifaschistische Widerstand der Jugend nicht so stark gewesen. Dieser Jugend kommt das Verdienst zu, in den Ländern Europas das Bild einer anderen, nicht dem Faschismus zufallenden Jugend, geschaffen zu haben.

Martha sprach kurz und überzeugend. Es war ihre ganze Art, durch die sie Vertrauen erwarb und zu Aktivitäten anregte.

Sie war von kleiner, zierlicher Gestalt. Die äußere Härte ihres Gesichts täuschte, stand vielmehr oft im Widerspruch zu ihren eigentlichen, nicht zu verbergenden Gefühlen.

Einige Monate vor dem Machtantritt der Faschisten wurden meine Begegnungen mit Martha spärlicher.

Als wir uns dann wiedersahen, herrschte die Nacht über Deutschland, herrschte der Terror.

Die ersten Schreckensberichte über die Geschehnisse in den Moorlagern des Emslandes wie Börgermoor Lager I,

Esterwegen, erzählt von Häftlingen, die nach monatelanger Haft entlassen worden waren und sich nun wieder in die Reihen des Widerstands einreihen.

In dieser Zeit, im Jahr 1934, erschienen auch im Tätigkeitsbereich von Martha Aufrufe an die Jugend, selbstverfertigte Flugblätter, Losungen, die dazu aufriefen, dem Kriegshetzer Hitler entgegenzutreten, ihn zu stürzen.

Eine verstärkte Beobachtung und Beispitzelung durch die Gestapo setzte ein. Sie hatte sich zweifellos eine Übersicht über den Kreis der möglichen illegalen Mitglieder, auch im Tätigkeitsbereich von Martha in Bruckhausen, Marxloh und Duisburg-Beek verschafft. Einer besonderen Beobachtung unterlagen jene Antifaschisten, die den harten Weg durch das KZ-Lager überstanden hatten und sich nach ihrer Entlassung zur Weiterführung des Widerstands bereit erklärt hatten.

Es waren die mitangeklagten Mitglieder des KJVD von Beek, Gustav Meckel, Hermann Will und zwei weitere Junggenossen (sie blieben der Gestapo unbekannt), die durch Martha politische Beratung und Anregung zum Widerstand erhielten.

Gustav Meckel, der im Prozeß freigesprochen wurde, schritt weiter auf dem antifaschistischen Weg, als er zur Wehrmacht eingezogen wurde. Er war nur kurze Zeit an der Ostfront, als er zur Sowjetischen Armee überlief. Hier stellte er sich in den Dienst des "National-Komitees Freies Deutschland".

Aus den Stellungen der Roten Armee heraus rief er seine Landsleute auf, die Front zu wechseln, um den mörderischen Hitlerkrieg zu beenden. Dann wurde er in die Reihen der anderen Kriegsgefangenen eingereiht, ohne eine Erklärung. Gustav Meckel hat das nicht

überwunden. Nach jahrelanger Kriegsgefangenschaft kehrte er als Kranker zurück, nicht lange darauf starb er.

Als der Faschismus seine Terrorherrschaft auszubreiten begann, suchte Martha nach politischer Kampfgemeinschaft unter der Jugend. Sie war es auch, die sich bemühte, enge politische Beziehungen zu den beiden Mitgliedern der SAJ (Sozialistische Arbeiterjugend) am Ort, Ilse Klatt und Karl Kapovnik, die sich der SAP (Sozialistische Arbeiter Opposition) zugewandt hatten, herzustellen.

Sie nutzten ihre gegenseitigen Kontakte, um die illegal ins Land gelangten Schriften auszutauschen und darüber einen Meinungsaustausch zu führen.

THULE SEMINAR



SPINNE IM NETZ DER NEUEN RECHTEN

Hrsg. AK »Neue Rechte«

THULE SEMINAR

HRSG. AK NEUE RECHTE

THULE SEMINAR:

- Geistige Wehrsportgruppe
- Ideologische »Erneuerer«
- Instrumentalisierung der nichtbehinderten weißen Frau
- Thule vor dem Bundestag
- Chronologie aller Auftritte

68 Seiten - 7,80 DM

Bezug: AK »Neue Rechte«, c/o Umweltzentrum, Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel. Bezahlung nur mit Scheck oder bar, keine Briefmarken (Vorkasse). Antifa-Initiativen: 4,90 DM ab 5 Exemplare.

Beiden Seiten diene der Austausch der Schriften für eine bessere Erkenntnis und Beurteilung der durch die umfassende politische Verfolgung herbeigeführten Situation.

Es war der Ansatz für eine notwendige Wende, eine keimende, wenn auch noch schwache Besinnung auf die Wirklichkeit, ein Aufwachen.

Es blieb in einer sich hoffnungsvoll zeigenden Entwicklung stecken, die durch die Verhaftungen gestört wurde.

Die Gestapo schlug zu.

Das Sondergericht, das den Prozeß führte, verhängte 8 Jahre Zuchthaus über Martha, die sie im Zuchthaus **Ziegenhain bei Berlin**, bis auf einen kleinen Rest, hervorgerufen durch ihren lebensbedrohenden Zustand, dort zubrachte.

Die Natur, die sozialen Lebensbedingungen im Elternhaus hatten ihr keine starke Körperkonstitution ermöglicht.

Als Martha das Zuchthaus verließ, glaubte man, daß ihr Lebensende bevorstehe.

Trotzdem blieb sie auch nach der Entlassung aus dem Zuchthaus während der Faschistenherrschaft politisch tätig.

Nach der Befreiung von der Nazidiktatur 1945 gehörte Martha Hadynski mit zu den ersten, die sich in den Reihen der wieder legal tätigen Kommunistischen Partei Deutschland (KPD) einfanden.

Sie war schwach und krank. Eine kümmerliche Landesrente nach dem Verfolgengesetz bildete ihre Lebensgrundlage. Sie bemühte sich durch verschiedene Arbeiten um den lebensnotwendigen Zuverdienst. Ihre Bindung zur KPD wurden stärker.

Dann, 1956, erfolgte das Verbot der KPD. Keine 10 Jahre nach der Zerstörung der faschistischen Terrorherrschaft, gegen die auch sie wie viele andere KommunistInnen ihren Beitrag geleistet hatte, und für den sie fast 8 Jahre eingekerkert war!

Es war 1959, als wir uns zufällig in einem D-Zug trafen. Nur wenige Worte einer herzlichen und freundschaftlichen Begegnung konnten wir wechseln. Martha war für die wieder verfolgte und außer Gesetz gestellte KPD tätig. Verfolgt und beobachtet von den Häschern, wurde sie 1961 verhaftet.

Sie weigert sich, ihre GenossInnen zu nennen und wird in Beugehaft genommen.

Die Dortmunder Strafkammer verurteilt Martha Hadynski zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis. Die Rentenzahlungen werden eingestellt und sie zur

Rückzahlung erfolgter Leistungen aufgefordert.

Die harten Stationen ihres jungen Lebens, von der Verhaftung im Januar 1936 über die Kerkerzellen bis zur erneuten Inhaftierung hatten ihre physische und psychische Kraft zerstört.

Sie lebt vereinsamt dahin.

Es fehlt ihr die Einbindung in einen Kreis von Menschen, die sie hätten aufrichten können.

Es fehlt ihr die Möglichkeit und die Hilfe für eine Unterbringung an Orten, die es hätten fördern und schaffen können. Ihr Leidensweg geht zu Ende.

Im April 1963 scheidet sie aus dem Leben.

Mich und viele andere aus dem Widerstand, die sie erlebt hatten, erfüllte dies mit tiefer Trauer.

Eine junge Revolutionärin, deren Lebensweg einen anderen Abschluß hätte finden können.

Hermann Bogdal

(einer der 37 Angeklagten des Hochverratsprozesses gegen den KJV Duisburg-Hamborn 1937)

Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle 2 Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch

Oerweg 28

4350 Recklinghausen

Tel.: 02361/26 345

Redaktionsanschrift:

Antifa-Zentrum

Herner Str. 43

4350 Recklinghausen

Tel.: 02361/21686

Redaktionssitzung:

Mittwoch, 19.-21.00 Uhr

Bankverbindung:

Stadtsparkasse Recklinghausen

BLZ 426 500 30

Kto.-Nr.: 1 000 229 38

Auflage: 1000

Mitgewirkt haben:

Wolfgang E., Carsten, Thea, Susanne, Wolfgang T., Eckehardt,

Falko, Ingrid, Klaus, Ruth und

Hermann B.

Druck: druckwerk

Penningskamp 12a

4600 Dortmund 30

PROZESS GEGEN

DORTMUNDER ANTIFASCHISTEN

Wir fordern Freispruch

Am Abend der NRW-Kommunalwahl vom 1.10.1989, bei der in Dortmund die "Republikaner"(REP) Sitze im Parlament ergattert hatten, hatte eine spontane Demonstration von mehreren hundert Antifaschisten zum neu errichteten Dortmunder Rathaus stattgefunden und war auf dem Friedensplatz vor dem Rathaus auf eine kleine Gruppe von Faschisten gestoßen, in der sich der Spiritus Rector der "Borussenfront" und FAP-Vorstandsmitglied Siegfried Borchardt (Spitzname "SS-Siggi") sowie das (56jährige) NPD-Mitglied Manfred Schmacke und dessen Freundin befanden.

Sie waren offenbar durch die vom lokalen Fernsehen ausgestrahlte Übertragung des Protests gegen den Einzug der Faschisten in den Dortmunder Stadtrat angelockt worden. Die Freundin von Schmacke hatte nach eigenen Angaben diesen zuvor gewarnt, sich in die Gefahr einer handgreiflichen Auseinandersetzung zu begeben, da er bereits drei Herzinfarkte hinter sich hatte und der nächste tödlich sein konnte. Aber was so ein rechter deutscher Mann ist...

Vorbemerkung:

Die von mir stammende Angabe in der AntifaZ Nr. 21, wonach es sich um ein REP-Mitglied gehandelt habe, ist falsch; der gemeinsame Auftritt mit FAP-Vorstandsmitglied Borchardt war somit auch **kein** Beispiel einer deutlichen Verbindung zwischen REP und FAP; auch Radio Dortmund lag hier "schief".

Heute wissen wir es besser.

Was war damals geschehen ?

Als es zur Konfrontation zwischen den Faschisten und einem Teil der antifaschistischen Demonstranten kam, in deren Verlauf Manfred Schmacke - nein, körperlich angerührt worden war er bis dahin nicht - erstmals zu Boden ging (vielleicht hatte ihn schon die Gefahr einer Auseinandersetzung so stark mitgenommen, daß sein Herz - das Gut haben behauptet nicht das Gegenteil - möglicherweise schon einen Riß bekommen hatte, der sich im weiteren Verlauf vergrößert haben könnte), will Siegfried Borchardt sich an einen in der Nähe stehenden Polizeibeamten gewandt und diesen ersucht haben, die Faschisten (die eindeutig in der Minderheit waren) in eines der am Ort des Geschehens parkenden Polizeifahrzeuge einsteigen und so einer Auseinandersetzung entgehen zu lassen.

Dies jedoch war offenbar abgelehnt worden, weil nach Lagebeurteilung durch die Polizei die Situation dazu ebensowenig Anlaß bot wie überhaupt

zu einem Eingreifen der Polizei, die von der Präsenzstärke am Ort des Geschehens her dazu durchaus imstande gewesen wäre. Der Gedanke, daß



manch ein Polizeibeamter angesichts der Tatsache, daß die Polizei in Dortmund wiederholt zugunsten der Faschisten hatte intervenieren "müssen", eine Abneigung dagegen empfunden haben mag, mal wieder als "Feuerwehr" von

diesen Kräften bemüht zu werden, dürfte nicht ganz abwegig sein; ja, manch ein Polizist mag speziell Siegfried Borchardt und seinem Anhang auch die Senge, die sie erwarteten, gegönnt haben. Und solch eine Haltung wäre angesichts dessen, was alles auf deren Kerbholz geht (womit ich jetzt nicht seinen Begleiter Schmacke meine, von dem ich außer dem Fakt, daß er mit Borchardt Umgang pflegte - "sage mir, mit wem du gehst..." -, zu wenig weiß), durchaus positiv zu bewerten.

Jedenfalls haben von den möglichen tödlichen Wirkungen der Auseinandersetzung für einen der Faschisten weder die Polizei noch die Antifaschisten etwas geahnt; gewußt haben konnten das nur Schmacke selbst und seine Freundin, vermutlich auch Siegfried Borchardt.

Nachdem Schmacke auf seiner Flucht vor dem Gegner zu Boden gegangen war und dann ein paar Tritte ins verlängerte Rückgrat hatte einstecken müssen, veranlaßte ihn dies, statt - wie es im Jargon heißt - "toten Mann zu spielen", sich aufzurappeln. Als er erneut zu Boden ging, war das wohl die Folge seines Herzinfarktes, ein Sachverhalt, der für die Beteiligten nicht sofort erkennbar war und mit dem seitens der Antifaschisten und der Polizei niemand hatte rechnen können. Aus der gerade noch hand- und fußfesten Auseinandersetzung entwickelte sich nun, wo es um das Leben von Schmacke ging und eine zu-

fällig unter den Demonstranten weilende Ärztin einen Herzinfarkt diagnostiziert hatte, plötzlich lähmendes Entsetze und Hilflosigkeit, und er kam, mit Verzug, in die Intensivstation des nächstgelegenen Krankenhauses. Vier Wochen danach starb er.

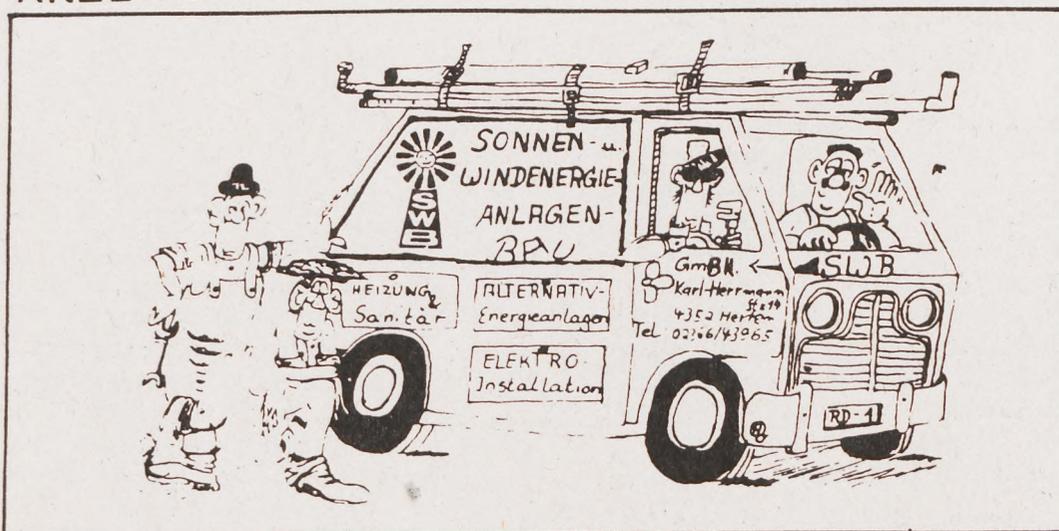
Die Justiz wird aktiv

Schon Wochen vor dem Tod von Schmacke war per Haftbefehl der Antifaschist K.C., ein türkischer Staatsangehöriger, der am Tag zuvor bei der gewaltsamen Aufhebung eines Standes der FAP am Borsigplatz mitgewirkt haben soll und nach dem deswegen bereits gefahndet wurde (denn die FAP war ja zur Wahl zugelassen worden und hatte daher das Recht, ihre Hetze gegen ausländische Mitbürger zu betreiben, während diesen nicht einmal das kommunale Wahlrecht zugestanden wird), in U-Haft genommen und beschuldigt worden, auch an der Verletzung des Faschisten beteiligt gewesen zu sein. Wohl bemerkt: an dem Herzinfarkt, denn äußere Verletzungen waren so geringfügig, daß davon keine Rede war.

Begründet wurde die U-Haft mit Fluchtgefahr und möglicher Verdunkelung, obgleich der Betreffende einen festen Wohnsitz und Arbeitsplatz nachweisen konnte. Nach Schmacks Tod wurde die Beschuldigung dahingehend ausgeweitet, daß der in U-Haft Genommene den Tod des Faschisten herbeigeführt habe.

Einige Wochen danach jedoch wurde

ANZEIGE



K.C. auf freien Fuß gesetzt. Offenbar waren die "Haftgründe" inzwischen auf geheimnisvolle Weise juristisch hinfällig geworden...

Oder war von dem Haftrichter, nachdem ein weiterer Gesuchter sich gemeldet hatte, die Beweislage für den Vorwurf zu dürftig geworden? Hatte es sich nur um "Beugehaft" gehandelt, durch die der Häftling zur Preisgabe eines Komplizen gezwungen werden sollte, weil von der Justiz unterstellt wurde, daß hier nicht Spontaneität vorlag, sondern eine Bande nach einem vorsätzlich gefaßten Plan tätig geworden sei, wo jeder den anderen kennen müsse, der Inhaftierte also einen "Rädelsführer" deckte?



Man muß das so scharf fragen, denn andernfalls erschiene das Verhalten der Justiz im Lichte der Verfahrensvorschriften völlig rätselhaft.

Die medizinische Begutachtung von Schmacks Verletzung hatte das Ergebnis, daß bereits eine geringfügige physische oder psychische Belastung bei ihm jederzeit einen erneuten Herzinfarkt und damit seinen Tod hätte herbeiführen können. Der von der Justiz bestellte medizinische Gutachter gelangte zu der Feststellung, daß **nicht auszuschließen** sei, daß dieser oder jener Stoß oder Tritt, den Schmacke abbekommen hatte, den Herzinfarkt ausgelöst habe.

Aus diesem Gutachten zog der mit dem weiteren Verfahren betraute Staatsanwalt den Schluß, nach Vorlage von Bildmaterial (Video- und Fernsehaufnahmen und Fotos von Privatleuten und Zeitungsreportern, die z.T. freiwillig herausgerückt, z.T. - bei der Westfälischen Rundschau polizeilich beschlagnahmt worden waren) gegen den bereits genannten und gegen einen weiteren türkischen Staatsangehörigen kurdischer Nationalität (der sich nach Bera-

tung mit seinem Rechtsanwalt seinerzeit selbst der Justiz gestellt und daraufhin im Vorgriff auf eine mögliche Verurteilung prompt seine Beschäftigung verloren hatte), ferner einen deutschen Antifaschisten sowie einen Polizeibeamten Anklage zu erheben.

Tatvorwürfe: Körperverletzung mit Todesfolge (gegen zwei der angeklagten Antifaschisten), gefährliche Körperverletzung (gegen einen Antifaschisten) und - in einem gesonderten Verfahren - unterlassene Hilfeleistung (gegen den Polizeibeamten).

Falls die Anklagen zu der intendierten Verurteilung führen sollten, würden sie mindestens für die der Körperverletzung mit Todesfolge Beschuldigten zu einer Freiheitsstrafe führen, die - wenn nicht auf einen minderschweren Fall erkannt werden sollte - nicht unter drei Jahren läge (§ 226 Strafgesetzbuch).

Doch das wäre voraussichtlich noch nicht einmal das Schlimmste: Was eine solche Bestrafung für den weiteren Aufenthalt eines türkischen Antifaschisten noch dazu kurdischer Nationalität angesichts der weiteren Ausbeulung des Asylrechts hierzulande und im Falle einer Abschiebung bedeuten könnte, läßt sich überhaupt noch nicht absehen.



Antifaschistische Solidarität ?

Schon in einem früheren Stadium des Verfahrens hatte sich die Front der AntifaschistInnen gegen dasselbe gespalten, und zwar weil auch gegen den bereits am Boden liegenden Faschisten noch körperliche Gewalt angewandt worden war. Dies war in den bürgerli-

chen Medien gebührend breitgetreten worden. Aus dem zu Tode gekommenen Faschisten war dabei unter der Hand ein "alter Mann" geworden.

Manche Gegner des Faschismus sahen daher in dem Verhalten der angeklagten Antifaschisten eine Handlungsweise, die sich auf das Verhaltensniveau der Faschisten herabbegeben habe und einem Rachegedanken (Gleiches mit Gleichem zu vergelten) entspreche. Folge solcher moralischen Bedenken war jedenfalls, daß Solidaritätsaktivitäten bisher nur schwache Unterstützung gefunden haben und sich insbesondere die Partei der GRÜNEN aus der antifaschistischen Verpflichtung gegenüber einem Teil ihrer Wählerschaft zurückgezogen hat (von der SPD und anderen bürgerlichen Parteien gar nicht erst zu reden).

Welche moralische Position auch immer man hier einnehmen mag, festhalten muß man: Den Herztod des Faschisten hat von den Angeklagten zum Zeitpunkt der Auseinandersetzung niemand vorhersehen können ode gar billigend in Kauf genommen.

Ein juristisches Gedankengebäude der Staatsanwaltschaft, das auf dergleichen hinausläuft, ist nach dem Urteilsvermögen des gemeinen Menschenverstandes einfach absurd. Die Lage hätte auch nach den geltenden Vorschriften

ein polizeiliches Eingreifen kaum gerechtfertigt, geschweige denn gefordert.

Da mithin ein **strafbares** Verhalten zumindest von dem den Angeklagten zur Last gelegten Kaliber nicht vorliegt, müßte (wenn alles mit rechten Dingen zuginge) bei einer Gerichtsverhandlung ein Freispruch herauskommen. Dies wäre unsrerseits für alle Angeklagten, auch für den Polizeibeamten, zu fordern.

Wenn trotz derart klarer Lage der Dinge ein Strafverfahren stattfinden soll, so handelt es sich um einen politischen Prozeß, der nur den Zweck haben kann, sich gegen aktive Gegner des Faschismus zu richten: Deren politischer Spielraum soll eingeschränkt, die Möglichkeit polizeilichen Vorgehens gegen AntifaschistInnen hingegen ausgebaut werden.

Dies träfe auch dann zu, wenn der Hauptzweck darin bestände, bisherigen Zwangsmaßnahmen der Justiz (wie die mehrwöchige U-Haft eines der Angeklagten) nachgerade eine Rechtfertigung zu liefern und zivilrechtliche Entschädigungsansprüche abzuwehren.

Der Beginn des Verfahrens gegen die drei Antifaschisten vor dem Landge-

ANZEIGE



BUCHLADEN
TARANTA-BABU
 Humboldtstraße 44 4600 Dortmund 1
 Telefon (02 31) 14 16 89

richt Dortmund ist (falls die Justiz nicht doch noch davon absehen sollte, wofür zur Zeit Anhaltspunkte nicht vorliegen) bereits Anfang Februar 1991 möglich; seitens der Verteidigung würden in diesem Fall mindestens acht Verhandlungstage erwartet.

Zur Frage einer antifaschistischen Moral

In einer mehrstündigen Diskussionsveranstaltung zur Vorbereitung auf diesen Prozeß am Tag der Reichstagswahlen (2.12.1990) wurden von den etwa 50 Anwesenden, die aus verschiedenen antifaschistischen Strömungen kamen, in zwei Arbeitsgruppen die Fragen einer antifaschistischen Moral und des Verhältnisses zu Staatsgewalt und Polizei sowie die Frage, ob es sich um einen politischen Prozeß handelt und ob Solidarität geboten sei, behandelt.

Natürlich macht die Tatsache, daß jemand den Faschismus bekämpft, aus dem Betreffenden keinen Heiligen. Derartiges zu erwarten oder gar zu verlangen, wäre weltfremd. Ein Antifaschist (Mann oder Frau) aber sollte wissen, warum er/sie gegen den Faschismus ist, und das muß sich auch in dem persönlichen Verhalten der jeweiligen Person niederschlagen.

Ich selbst würde als antifaschistischen Grundsatz anerkennen, daß jeder Mensch Anspruch auf Leben und Inanspruchnahme der Menschenrechte hat, auch der Faschist. Dieser muß aber notfalls mit Gewalt - daran gehindert werden, andere Menschen durch Wort, Schrift und Tat in diesem Recht zu beschneiden. Ich erkenne ihm also das Recht auf faschistische Propaganda grundsätzlich ab und meine auch, daß faschistisches Handeln und das Propagieren faschistischer Ideen wirksam bestraft werden müssen, da sie ein friedliches Zusammenleben unmöglich machen. Ein Antifaschist, der faschistisches Verhalten kopiert, schadet der Sache des Antifaschismus.

Die im antifaschistischen Kampf entstandene Losung "Tod dem Faschismus" ist mißverständlich. Sie im Sinne "Tod den Faschisten" deuten zu wollen, hätte

- zumindest unter den derzeitigen Verhältnissen in Deutschland - für **alle** Beteiligten eine verheerende Wirkung. Sie **kann** hier und heute nur bedeuten, daß man dafür kämpfen soll, daß der Faschismus als politische Ideologie und Haltung so diskreditiert wird, daß er keine Wurzeln schlagen kann und daher stirbt und daß eine andere Deutung hierzulande nie notwendig wird.

Das Messen des Handelns der Angeklagten (die teilweise in ihrem Herkunftsland die Erfahrung machen müssen, daß schon der Trieb zur Selbsterhaltung unter Umständen andere Verhaltensmuster erfordern kann) an einem solchen Grundsatz hierzulande ist sicher eine moralische Anforderung, nicht aber eine juristische Frage. Die Frage der Solidarität hingegen ist hier die des moralischen Zusammenstehens gegen die Justiz.

Allgemein akzeptiertes Ergebnis der Diskussion war, daß es sich um einen politischen Prozeß handelt und daß das Verhalten der Angeklagten **nicht** eine "Schmerzgrenze" für antifaschistische Solidaritätsbekundung überschritten hat.

Erwartet wird, daß die angeklagten Antifaschisten, die aus unterschiedlichen politischen Lagern kommen und von daher ihr eigenes Verhalten und das Verhalten ihrer Mitangeklagten unterschiedlich bewerten, ihre Differenzen nicht vor Gericht austragen, sondern sich auf ein gemeinsames Vorgehen im Prozeß verständigen werden.

Darüber hinaus erklärte sich, da Konsens bestand, daß man die GRÜNEN zumindest bei der Öffentlichkeitsarbeit zu dem Prozeß in die Pflicht nehmen muß, einer der Anwesenden bereit, mit dem Kreisvorstand der GRÜNEN ein klärendes Gespräch zu führen.

Wer sich über den aktuellsten Stand unterrichten will, kann sich an den **Ermittlungsausschuß** (4600 Dortmund 1, Lessingstr. 18; Telefon: 0231/827000) wenden; er tagt jeden ersten und dritten Dienstag eines Monats ab 18 Uhr.

Sollte es zum Prozeß kommen, muß unsere Forderung auf jeden Fall lauten: **Freispruch für alle angeklagten Dortmunder Antifaschisten!**

(Klaus Dillmann)

ANTIFASCHISTISCHE VEREINIGUNG IN DER KRISE

Die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes(VVN) - Bund der AntifaschistInnen(BdA)" befindet sich in einer tiefgreifenden Krise. Hatten sich vor etwa einem Jahr in der VVN noch viele dafür eingesetzt, die Organisation von verkrusteten Strukturen zu befreien und sich allen antifaschistischen Strömungen zu öffnen, so hat in letzter Zeit wieder stärker eine Position Boden gewonnen, die zwar nach außen einen "Neubeginn" propagiert, de facto aber mit dem falschen Anspruch der Organisation, die "größte und traditionsreichste" antifaschistische Organisation zu sein, nicht Schluß gemacht hat. Auch die sogenannte "Vergangenheitsbewältigung" scheint inzwischen etwas lockerer von der Hand zu gehen. So stellt der Bundesvorstand nach dem letzten Bundeskongreß lapidar fest:

"Im Bericht, den im Namen der Kommission Norbert Müller gab, wurde festgestellt, daß es nicht gelungen war, die notwendigen Informationen oder Kenntnisse über das bisherige Finanzgebaren zu erhalten. Die Quellen der Großspenden vor allem aus der DDR konnten nicht vollständig geklärt werden ein Tatbestand, der scharf kritisiert wurde."

Inzwischen regt sich weiter "scharfe Kritik". Ein Beispiel ist der Brief des Kreisverbandes Herne der VVN-BdA, den wir im folgenden dokumentieren:

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

viele Delegierte der letzten Landesdelegiertenkonferenz (LDK) der VVN-Bund der Antifaschisten NRW am 27./28.10.1990 in Düsseldorf haben die Gründe für den Eklat und die Ankündigung zweier Kameraden aus Herne über ihren vermutlichen Austritt aus der Organisation, der im übrigen nicht vollzogen wurde, nicht gekannt. Die heftige Reaktion insbesondere auf den Ausgang der Wahlen erklären sich vor dem Hintergrund der Diskussionen in der VVN-BdA im vergangenen Jahr. Die LDK hat allen Bemühungen um eine politische Verbreiterung der Landesorganisation ein Ende bereitet und selbstkritische Betrachtungen zur Krise der VVN bewußt ausgeklammert. Die angeschlagene Glaubwürdigkeit der VVN-BdA nach dem Skandal im vergangenen Dezember (DDR-Finanzierung, DKP-Einflußnahme) konnte nicht wiederhergestellt werden. Im Gegenteil: die Dominanz einer politischen Richtung, hat sich erneut durchgesetzt, abweichende Meinungen sollen nach dem Willen der Mehrheit der LDK in der NRW-Führungsspitze nicht repräsentiert sein. Sämtliche Entscheidungen und Wahlen auf der LDK waren zwar formaldemokratisch einwandfrei, sie stellen aber den Charakter der VVN als Bündnisorganisation auf den Kopf. Konkrete inhaltliche Perspektiven für die Organisation wurden zudem kaum erar-

beitet. Die Frage stellt sich, inwieweit unter solchen Voraussetzungen unabhängige AntifaschistInnen noch in der VVN-NRW Mitglied bleiben können. Bevor wir auf den Hintergrund der heftigen Reaktionen am Ende der LDK eingehen, wollen wir die Entscheidung der Mitgliederversammlung der VVN-Herne vom 18.11.1990 zu unserer zukünftigen Mitarbeit mitteilen.

Die VVN-BdA Herne fordert sie Einberufung einer LDK im ersten Halbjahr 1991.

Auf dieser LDK muß es nach unserer Ansicht um drei zentrale Punkte gehen: 1. Die Diskussion um den Niedergang des "ersten antifaschistischen Staats auf deutschem Boden", der DDR, und die Haltung der VVN-NRW dazu. Solange wir zu den eklatanten Verletzungen der humanistischen und antifaschistischen Grundprinzipien in der ehemaligen DDR keine Stellung beziehen, haben wir jede moralische Legitimation verloren.

2. Die politische und altersmäßige Verbreiterung der Landesgeschäftsführung. Nur mit frischen und unvorbelasteten Kräften - neben den erfahrenen - wird es möglich sein, die Ausstrahlungskraft der VVN-NRW wieder zu erhöhen.

3. Die Festlegung von inhaltlichen und organisationspolitischen Schwerpunkten für die zukünftige Arbeit der VVN-NRW. Nur mit klaren, praktikablen Konzepten können wir aus dem

Niedergang unserer Organisation, der im übrigen vielfältige Gründe hat, wieder herauskommen. (...)

Auf der Jahreshauptversammlung im Januar 1990 forderte die VVN-BdA Herne eine **"vollständige Offenlegung der finanziellen und politischen Abhängigkeit"** unserer Organisation, daß darin involvierte Mitglieder in Zukunft keine Ämter auf Bundesebene und Landesebene ausüben dürfen und **"ein glaubwürdiger Neuanfang unserer Organisation muß gekoppelt sein mit einem vollständigen personellen Neuanfang."** Bis heute sind diese Forderungen kaum erfüllt. Die zu diesem Zweck auf Bundesebene eingesetzte Kommission beendete im April ihre Arbeit mit der Feststellung: **"Die Bemühungen um exakte Aufklärung der ungeklärten Spenden sind gescheitert."** Für die Vorbereitungskommission des Bundeskongresses stellte Norbert Müller jedoch fest, daß es an der grundsätzlichen Behauptung der finanziellen Abhängigkeit keinen Zweifel gibt. Noch schwieriger zu ergründen ist die mögliche (personal)politische Einflußnahme von Seiten der DKP auf die VVN, da oft Aussage

gegen Aussage steht. Es dürfte allerdings wie in anderen **"Vorfeldorganisationen"** keine Einstellung bei der VVN-Zentrale gegen die DKP vorgenommen worden sein. (...)

Wir fühlen uns nach wie vor mit der Tradition und Geschichte der VVN-BdA sehr verbunden - gerade deswegen bemühen wir uns ja um eine selbstkritische Aufarbeitung. Es wäre auch für uns eine eindeutige und schmerzhaft Niederlage, wenn die VVN in dieser Zeit, die geprägt ist von der Verdrängung des deutschen Faschismus im Rahmen des Neuaufbaus eines "großen Deutschlands", zusammenbricht bzw. zur Bedeutungslosigkeit verkommt.

Kritisches Hinterfragen der eigenen Geschichte und Politik, die Umsetzung verschiedener antifaschistischer Denkmodelle in Theorie und Praxis wären die Voraussetzung dafür, daß sich die **Ver- einigung der Verfolgten des Nazi- regimes - Bund der Antifa- schisten** als politische Institution in dieser Gesellschaft verankert.

In NRW, so jedenfalls das Resultat der LDK, zieht man Beharrung und die "reine Lehre" einer breiten antifaschistischen Organisation vor.

(Herne, am 18. November 1990)

Attatrol

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

Öffnungszeiten: Mo - Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00



• Herner Str./Ecke Paulusstr. •
 • 4350 Recklinghausen •
 • Tel. 02361-17002 •